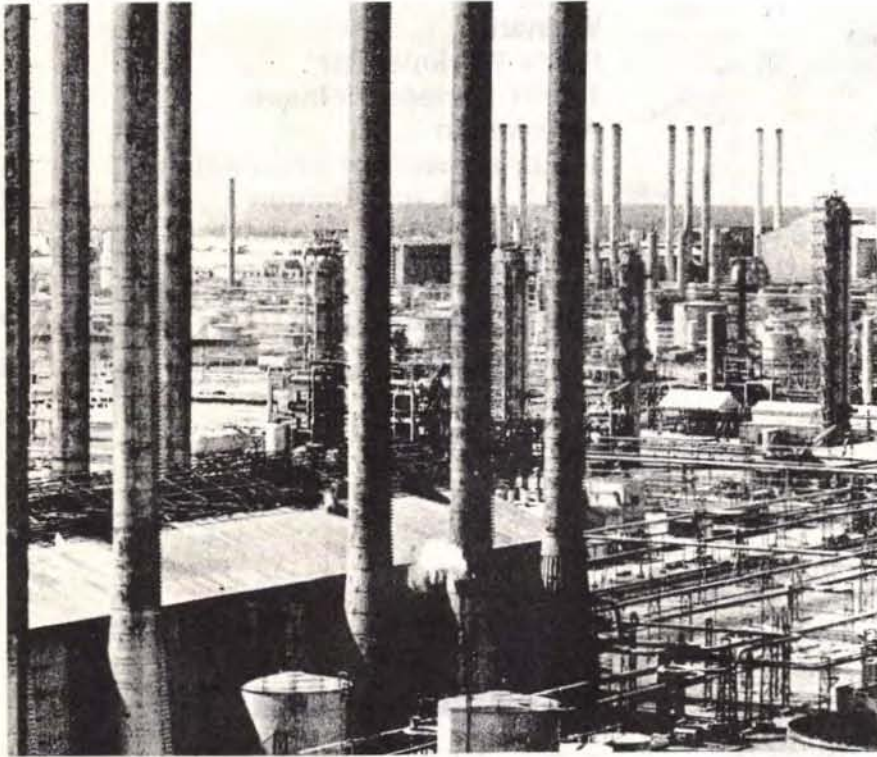




Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas



Erdöl als Waffe im Nahostkonflikt



JANUAR
NR. 1/1974

Aus dem Inhalt:

NAHER OSTEN

Erdöl als Waffe der
arabischen Länder

PLO: Was versteht Israel
unter Frieden?

CHILE

Altamirano: Botschaft an
das chilenische Volk

Westdeutsches Finanz-
kapital in Chile

KAMBODSCHA

Interview mit der FUNK

VIETNAM

Ein Jahr Friedensab-
kommen

GUINEA-BISSAU

Proklamation der
Republik

Preis: 1,50 DM

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Solidarität mit dem
kämpfenden Chile S. 3

Chile

Botschaft an das chilenische
Volk
Von Carlos Altamirano,
Generalsekretär der
Sozialistischen Partei Chiles S. 4
Werner Hintzke:
Das internationale Finanzkapital
und der Militärputsch in Chile S. 5 – 7

Naher Osten

Wolfram Brönner
Erdöl als politische Waffe
im Nahostkonflikt S. 8 – 12
An die sozialistischen Staaten
Erklärung der Arabischen
Gipfelkonferenz S. 12
Israel und der Frieden S. 13 – 15

Weltkongreß der Friedenskräfte

Peter Dietzel:
Einheit des Kampfes für Frieden
und nationale Befreiung S. 15 – 16
Kommuniqué des Weltkongreß
der Friedenskräfte

Guinea-Bissau

Proklamation der Republik
Guinea-Bissau S. 19 – 21

Vietnam

Frank Werkmeister:
1 Jahr Pariser Vietnam-
Abkommen –
1 Jahr schwerster Provokationen
durch USA und Saigon S. 22 – 23

Kambodscha

Über den Kampf der Nationalen
Befreiungsbewegung S. 23 – 26

Kurzinformationen

S. 27 – 28

Antimperialistisches Informationsbulletin

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Le-
derer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling, Gabriele
Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.
Redaktionskolléktiv: Gabi Brönner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern beteiligen
sich an der Arbeit für diese Nummer
P. Dietzel, D. Fendt, G. Giesenfeld, B. Hebel-Kunze,
W. Herrmann, O. Jäckel, H. Peters, G. Ritter,
W. Ritter, E. Weidlich

Bestellung

Antimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Redaktionsschluß dieser Nummer:

9. 1. 1974

Bitte beachten Sie unsere Beilagen:

- Spendenaufruf der IIVS
- AIB-Inhaltsverzeichnis
(2. Halbjahr 1973)

Solidarität mit dem kämpfenden Chile

Vier Monate nach dem faschistischen Putsch in Chile hält der Terror der Junta unvermindert an. Die Verfolgungen werden auf immer breitere Kreise der Bevölkerung ausgedehnt, die sich dem demokratischen Widerstand anschließen. Die reaktionäre Wirtschaftspolitik der neuen Machthaber, die sich einzig und allein an den Interessen der in- und ausländischen Monopole orientiert, liefert breite Schichten der Bevölkerung, vor allem aber die Arbeiter und Kleinbauern einer fortschreitenden Verelendung aus. Willkürlich dekretierte Preiserhöhungen um mehrere hundert Prozent, lassen viele lebenswichtige Güter für die Masse der werktätigen Bevölkerung unerschwinglich werden. Hunger breitet sich in Chile aus, wovon insbesondere die Kinder der ärmeren Schichten betroffen sind. Zu den Preissteigerungen kommen räuberische Lohnkürzungen und eine rasch anwachsende Arbeitslosigkeit. 200.000 Arbeiter wurden seit dem 11. September aus politischen Gründen von ihren Arbeitsplätzen vertrieben. Ohne gewerkschaftlichen Schutz haben sie keine Möglichkeiten, ihre Rechte geltend zu machen.

Die politische Unterdrückung und wirtschaftliche Verelendung der großen Mehrheit des chilenischen Volkes bestimmen zugleich die Bedingungen und Erfordernisse des Widerstandskampfes:

"Die durch den Staatsstreich und die von der Junta angewandte Politik haben eine Situation geschaffen, die die Voraussetzungen und die Notwendigkeit für eine breite soziale und politische Einheit an der Basis zur Rettung Chiles schaffen." 1)

Ziel der Einheit aller antifaschistischen Kräfte ist die demokratische Erneuerung Chiles, ein Kampf, dessen unmittelbare Tagesaufgaben von der Kommunistischen Partei Chiles folgendermaßen formuliert werden:

Kampf für "die Beendigung der Unterdrückung, die Freiheit der politisch Verfolgten, rechtmäßige und öffentliche Gerichtsverfahren für die Angeklagten. Es muß das Recht für alle demokratischen Parteien und Organisationen des Volkes erkämpft werden, normal ihre Tätigkeit ausüben zu können. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung müssen wieder erkämpft werden". 2)

Die Erneuerung von Staat und Gesellschaft wird sich jedoch nicht auf die Wiederherstellung der demokratischen Traditionen des Landes beschränken:

"Der Staatsstreich hat den Nachweis erbracht, daß Chile einen weiterentwickelten und demokratischeren Rechtsstaat braucht als den, welchen die Junta zerstört hat." 3)

Über die Formen im Kampf um die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und den

Sturz der Diktatur erklärt Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, in einer Botschaft an das chilenische Volk:

"Dieser Kampf muß ein Kampf der Massen sein, der geeinten Massen, der organisierten Massen, der disziplinierten Massen. (...) In diesen Kämpfen sind weder abenteuerliche Aktionen noch Terrorhandlungen am Platze." 4)

Diese Kampfziele des chilenischen Widerstandes müssen zugleich politische Richtschnur für die Aktionen der internationalen und der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik sein.

Nur auf dieser Grundlage - bei Absage an jedes Sektierertum - ist auch bei uns die Herstellung einer breiten Einheit, ist die Durchführung international koordinierter Maßnahmen möglich, wie sie eine effektive Unterstützung der chilenischen Demokraten erforderlich macht. In einem Appell des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees "Rettet die chilenischen Demokraten!" wird daher insbesondere auf die bedrohliche Situation hingewiesen, in der sich die Inhaftierten - unter ihnen führende Persönlichkeiten aller Parteien der UP, so der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Luis Corvalan und der Generalsekretär der CUT, Calderon - befinden. Viele von ihnen sind vom Tode bedroht. Ihr Leben hängt vor allem auch davon ab, wieviel politischen Druck die internationale Solidarität zu mobilisieren vermag, um die Willkür der Junta zu stoppen. Um zu ihrer Rettung beizutragen, werden in dem Appell von der Bundesregierung eindeutige Schritte zur internationalen Isolierung der Junta auf diplomatischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene verlangt.

Die verstärkte materielle Unterstützung der Verfolgten und ihrer Angehörigen aber auch Hilfe und Betreuung für die asylsuchenden Chilenen in der Bundesrepublik stellen sich als weitere wichtige Aufgaben für die Solidaritätsbewegung.

Der chilenische Widerstand bereitet sich auf einen langen und schwierigen Kampf vor. Auch die Solidaritätsbewegung in aller Welt wird einen langen Atem brauchen, darf weder Ungeduld noch Resignation aufkommen lassen. Denn am Ende des langen Weges wird ohne Zweifel der Triumph der gerechten Sache des chilenischen Volkes stehen.

Anmerkungen:

1. Aufruf der KP Chiles vom Dezember 1973, UZ, 28. 12. 1973
2. ebenda
3. ebenda
4. DVZ, 3.1.1974

Chile

Botschaft an das chilenische Volk

von Carlos Altamirano,

Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles

Als Generalsekretär der Sozialistischen Partei nutze ich diese Gelegenheit, eine erste kurze Botschaft an das chilenische Volk und die Weltöffentlichkeit zu richten, um erneut unsere felsenfeste Entschlossenheit zu bekunden, den Kampf bis zur vollständigen Zerschlagung der faschistischen Militärjunta fortzusetzen. Die gegenwärtigen Bedingungen sind überaus hart und schwierig. Unsere Partei und die gesamte Arbeiterbewegung sind einer blutigen faschistischen Unterdrückung ausgesetzt. Mindestens ein Drittel führender Leitungskader der Sozialistischen Partei auf regionaler Ebene und eine große Anzahl Mitglieder des Zentralkomitees wurden ermordet. Ihnen gebührt ewiger Ruhm, denn sie haben ihr Leben einer höheren, gerechten und edlen Sache geopfert. Die Diktatur hat den Terror zum Gesetz erhoben.

Alle, vereint, fest vereint, werden wir „die breiten Straßen frei machen, auf denen der wahre Mensch marschieren wird, um eine bessere“, die sozialistische „Gesellschaft“ aufzubauen.“

So werden wir dem besten und heldenhaftesten Kämpfer, dem Begründer unserer Partei, dem ersten sozialistischen Präsidenten Chiles und bis in seinen Tod konsequenten Revolutionär, dem geliebten Genossen Salvador Allende, ewige Ehre erweisen.

AKTUELLE AUFGABEN

Deshalb besteht die große Aufgabe unserer Partei und der Parteien der Unidad Popular darin, sich im Kampf des ganzen chilenischen Volkes, aller wahren Patrioten und echten Demokraten gegen die faschistische Diktatur zu vereinen.

1.

Die eherne Einheit der Parteien, der Vorhut der Arbeiterklasse, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, ist ein Kernstück des antifaschistischen Kampfes. Die Arbeiterklasse und die Bauern werden der Kern und die Hauptkräfte dieses historischen Kampfes sein. Unbedingt notwendig ist auch die Festigung der Einheit der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei mit den übrigen Parteien und Bewegungen der Unidad Popular, sowie mit den Kräften, die zwar außerhalb der Unidad Popular stehen, aber in ihren demokratischen und freiheitlichen Überzeugungen konsequent sind. Einheit und Breite dieser Front sind spontan und natürlich aus der zwingenden Notwendigkeit erwachsen, sich der faschistischen Barbarei entgegenzustellen und sie zu vernichten. Wir brauchen die Einheit, um auf dem Wege der großen revolutionären Umwälzun-

gen unserer Gesellschaft vorwärtsschreiten zu können.

2.

Hauptziel dieser Einheit muß außerdem sein, die demokratische Ordnung und die von der Militärdiktatur systematisch verletzte persönlichen Freiheiten wiederherzustellen.

3.

Diese breite patriotische Front steht ebenso vor der Aufgabe, für die Verteidigung der jetzt liquidierten Rechte zu kämpfen. Die Einheitsgewerkschaft CUT wurde für ungesetzlich erklärt, das Recht auf Vereinigung in Gewerkschaften abgeschafft. Das Recht auf Eingaben und das Streikrecht wurden beseitigt.

Der Verteidigung der von der Arbeiterklasse und von den Bauern unter der Unidad Popular erzielten Errungenschaften ist eine vorrangige Aufgabe der Revolutionäre sowie aller wahrhaften Demokraten und Patrioten.

4.

Wir müssen uns auch auf einen langen, aber unausbleiblich siegreichen Kampf vorbereiten und ihn organisieren. Das Bewußtsein des chilenischen Volkes und Proletariates ist zu hoch, seine Kampftraditionen sind zu reich und sein unbezwingbarer Freiheitswille ist zu tief, als daß sie sich durch eine Militärkamarilla von Verrätern geschlagen gäben.

5.

Dieser Kampf muß ein Kampf der Massen sein, der geeinten Massen, der organisierten Massen, der disziplinierten Massen. In diesem Kampf haben alle Massenorganisationen ihren Platz, und sie müssen sich an ihm beteiligen.

6.

Es wird auch eine grundsätzliche Aufgabe sein, denke ich, eine einheitliche Führung der revolutionären, demokratischen und Volkskräfte zu bilden, die gegen die faschistische Militärdiktatur kämpft.

7.

In diesen Kämpfen sind weder abertausende Aktionen noch Terrorhandlungen am Platze. Sie würden der Militärjunta lediglich als Rechtfertigung dazu dienen, neue Verbrechen und Repressalien zu begehen, und ihr außerdem gestatten, ihre eigenen schweren inneren Widersprüche zu lösen.

8.

Es muß Freiheit für Luis Corvalan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Freiheit für Anselmo Sule, Vorsitzender der Radikalen Partei, Freiheit für Oscar Garretón, Generalsekretär der MA-

PU, Freiheit für die Führer der Christlichen Linken, des MIR und für meine geliebten, jetzt eingekerkerten und gefolterten Genossen der Sozialistischen Partei gefordert werden. Schluß mit den Schnellverfahren und Geheimprozessen, mit den Hinrichtungen unter allen möglichen Vorwänden, mit den lebenslänglichen Zuchthausstrafen ohne jede Rechtsgrundlage! Jedem Angeklagten seinen Rechtsanwalt! Die Gerichtsverfahren müssen öffentlich durchgeführt werden.

9.

Es muß die Einhaltung der von Chile unterzeichneten internationalen Verträge gefordert werden, zu denen der Vertrag über Asylrecht gehört. Dieses Asylrecht ist eine lateinamerikanische Institution, die sogar von den schlimmsten Diktaturen des Kontinents respektiert, von der faschistischen Tyrannei jedoch mißachtet wird.

10.

Die Solidarität der Völker der Welt und aller Länder ist für die Entwicklung des Befreiungskampfes des chilenischen Volkes unentbehrlich und notwendig; sie muß weiter gefördert werden. Die Junta faschistischer Militärs spürt die weltweite Verachtung wegen der von ihr begangenen Verbrechen und Greuelthaten. Sie weiß, daß sie weltweit isoliert ist und nur auf die Hilfe der hohen Finanzkreise, der Imperialisten der USA und anderer kapitalistischer Länder rechnen kann. Dagegen wird ihr von allen freien Männern, Frauen und Jugendlichen der Erde einstimmige Verachtung entgegengebracht.

Mit uns sind die freien Völker der Welt, die sozialistischen Länder, die Sowjetunion, die kubanische Revolution, die revolutionären Volks- und Befreiungsbewegungen in Amerika, Afrika und Asien und viele Regierungen sogar kapitalistischer Staaten. Dazu gehören auch die besten Vertreter der Intelligenz in aller Welt.

Die große Schlacht für die Freiheit hat erst begonnen. Unser Genosse Salvador Allende hat inmitten des von der faschistischen Militärkamarilla entfachten Menschenmordes gesagt: „So wird die erste Seite dieser Geschichte geschrieben. Mein Volk und Amerika werden das übrige schreiben.“

Unser heldenhafter und unvergeßlicher Genosse Präsident, Märtyrer der Freiheit und der Würde Chiles, Amerikas und der versklavten Völker der Erde, kann sicher sein, daß wir die folgenden Seiten weiterschreiben werden, bis das traurigste, schwärzeste und blutigste Kapitel unserer Geschichte beendet ist.

Venceremos!

Wir werden siegen!

Das internationale Finanzkapital und der Militärputsch in Chile

Dem westdeutschen Monopolkapital und seiner politischen Repräsentanz wurde in einer Vielzahl von Publikationen der letzten Monate ein unverhohlenes Interesse am Sturz der Regierung Allende nachgewiesen.

Die folgenden Auszüge aus der IPW-Dokumentation, W. Hintzke "Das internationale Finanzkapital und der Militärputsch in Chile", geben darüber hinaus Aufschluß über die aktive Teilhabe des westdeutschen Imperialismus an der Vorbereitung des Sturzes der Regierung der Unidad Popular. Diese Materialien vermitteln einen groben Überblick über Umfang und Charakter der ökonomischen Verbindungen der BRD-Monopole zu Chile. Sie dokumentieren die Unterstützung des von den USA erfolgreich geführten Wirtschaftskrieges durch die westdeutsche Hochfinanz und die Bundesregierung.

Die gewaltigen natürlichen Ressourcen und die billigen Arbeitskräfte wirkten wie ein Magnet auf das internationale Finanzkapital. Die Monopole aller imperialistischen Länder versuchten die sich bietenden Profitmöglichkeiten auszunutzen. Die Mammut-Konzerne der USA beherrschten bei Amtsantritt des Präsidenten Salvador Allende praktisch die Wirtschaft des ganzen Landes. Am stärksten wirksam wurden neben ihnen einflußreiche Kräfte des Monopolkapitals und führende Konzerne der BRD.

Wirtschaftliche Verbindungen der BRD zu Chile

„Die Zeit“ stellte den Einfluß des BRD-Monopolkapitals in Chile vor dem Amtsantritt Allendes folgendermaßen dar: „In Chile steckt etwa eine dreivierteil Milliarde Mark bundesdeutsches Kapital... Überdies befindet sich die Bundesrepublik bei der Entwicklungshilfe für Chile ... an erster Stelle. Mit direkter Kapitalhilfe finanzierte die Bundesrepublik zwischen 1960 und 1970 rund 15 Projekte im Werte von 350 Millionen Mark... Im chilenischen Kupferbergbau steckt ebenfalls bundesdeutsches Kapital, etwa in den Minen Mantos Blancos.“¹⁾

Nach Berechnungen des „Handbuchs für Entwicklungshilfe“ betragen die Privatinvestitionen von BRD-Konzernen in Chile Ende 1970 99,4 Mio DM.²⁾ An dem lukrativen Chile-Geschäft waren 65 Unternehmen beteiligt³⁾, u. a.:

Farbwerke Hoechst (Tochtergesellschaften: Quimica Hoechst Chile Ltd. – Fibro Quimica Chilena S. A.);

BASF (Tochtergesellschaften: Aislantes Aislapol S. A. C. el. – Polimeros Nacwnales S. A. C. el.);

Schering AG (Tochtergesellschaft: Laboratorio Berlimed SA);

Robert Bosch GmbH (Tochtergesellschaften: Cepia SA als Fertigungsgesellschaft – Robert Bosch de Chile S.A. als Vertriebsgesellschaft);

Hochtief AG (Tochtergesellschaft: Hochtief Chilena Ltd.);

Agfa Gevaert AG (Tochtergesellschaft: Agfa-Gevaert Chilena de Productos Fotograficos Ltd. als Vertriebsgesellschaft);

Rosenthal AG (Tochtergesellschaft: Porcelanas Rosenthal Chile SA);

Olympia AG (Tochtergesellschaft: Olympia Chile Ltd.).

Auch die BRD-Konzerne Bayer, AEG-Telefunken und die Deutsche Bank haben Niederlassungen in Chile. Etwa ein Drittel der Investitionen aus der BRD entfallen auf die Nachfolgesellschaften der I. G. Farben.⁴⁾

In der chilenischen Landwirtschaft hatten BRD-Konzerne ebenfalls Fuß gefaßt. Die Versand- und Kaufhauskonzerne Hertie, Schickedanz, Quelle und Otto haben sich Ländereien in Größenordnungen von 3000 und 5000 Hektar angeeignet.⁵⁾

Engste Beziehungen bestehen vor allem auch zwischen den großen Konzernen der BRD und den etwa 1500 „chiledeutschen“ Unternehmen (Latifundienbesitzer bzw. mittlere und kleine Unternehmer). Ein Drittel dieser Deutsch-Chilenen gelten als Vermögensmillionäre. Betont und mit sichtbarem Stolz wies die Springer-Zeitung „Die Welt“ kurz vor dem Militärputsch darauf hin, daß der 30 Jahre alte Führer der rechtsextremistischen Organisation „Patria y Libertad“, die sich später an dem grauenvollen

Terror der Soldateska eifrig beteiligte, „deutschstämmig“ sei, und gibt seine Worte wieder: „Wir wollen Allende stürzen. Um das Land von ihm zu befreien, werden wir auch vor Gewalt nicht zurückschrecken... Unser Ziel ist es, das Chaos bis zu dem Punkt zu beschleunigen, an dem eine Machtübernahme durch das Militär möglich ist.“⁶⁾

Die BRD war nicht zuletzt auch ein wichtiger Handelspartner für Chile. Der Hauptimportartikel der BRD war das Kupfer.

Handel BRD/Chile, in Millionen DM

Jahr	Einfuhr der BRD aus Chile	Ausfuhr der BRD nach Chile
1969	893,7	341,9
1970	924,0	349,3
1971	667,4	318,8

Das Programm der Unidad Popular

Als die Unidad Popular bei den Präsidentschaftswahlen vom 4. September 1970 den Sieg errang, ging sie unverzüglich an die Verwirklichung des „Grundsatzprogramms der Volkseinheit“, das die Zustimmung breiter Massen der Werktätigen gefunden hatte. In diesem Programm war als wichtiger Punkt zur Lösung der sozialen und nationalen Interessen des chilenischen Volkes festgelegt: „Der Umwandlungsprozeß der Wirtschaft erfordert die Schaffung eines beherrschenden Sektors des Staatseigentums, bestehend aus den schon jetzt verstaatlichten und den enteigneten Betrieben. Erster Schritt muß hier die Verstaatlichung der Berg- und Hüttenindustrie sein (Kupfer, Eisen, Salpeter), die sich in der Hand des ausländischen Kapitals und der inländischen Monopole befinden.“

Reaktionen des internationalen Finanzkapitals

Die konsequente, Schritt für Schritt erfolgende Verwirklichung dieses Programms löste nicht nur bei der inneren Reaktion, sondern beim gesamten internationalen Finanzkapital die höchste Alarmstufe aus. Vor allem dem USA-Monopolkapital ging es dabei nicht nur um die Verteidigung seiner bisher beherrschenden Positionen in Chile. Die Entwicklung in Chile drohte zu einem zündenden Beispiel für andere lateinamerikanische Länder zu werden und eine Kettenreaktion auszulösen.

Diese Befürchtung spiegelte sich nach dem Wahlsieg Allendes bei den Präsidentschaftswahlen sehr deutlich in der imperialistischen Presse wider:

„Allendes Präsidentschaft könnte nicht nur für Chile, sondern für ganz Lateinamerika unabsehbare Folgen haben, da sie den revolutionären Bewegungen in den anderen Staaten neue Impulse geben würde. Die USA drohen ihren Hinterhof zu verlieren; die Herrschaft über diesen Hinterhof hat noch jeder US-Präsident als existentiell wichtig für die USA bezeichnet.“⁷⁾

„Die Militärdiktaturen rings um Chile müssen seit dem Wahlsieg des Marxismus um ihren Fortbestand bangen“, denn „eine starke Opposition im Untergrund, die ideologisch nach Kuba ausgerichtet ist“, träume „von der Verwirklichung der chilenischen Verhält-

nisse auch in ihrem Land“.⁸⁾

„Die Kuba-Chile-Achse würde in ideologischer Hinsicht ein gewichtiges Instrument für die Herbeiführung der südamerikanischen Revolution sein ... Die Aussicht muß höchst verdrücklich für die Vereinigten Staaten sein.“⁹⁾

„Eine Volksfrontregierung in Chile ... kann nicht ohne politisch-psychologische Folgen für die ganze Hemisphäre bleiben ... Washington fühlt sich unbehaglich.“ Es sei „darauf gefaßt, daß die Wahl Allendes sich als eine Zäsur in der Entwicklung der Hemisphäre erweisen wird, deren Folgen jetzt kaum abzuschätzen sind“.¹⁰⁾

„Es besteht kein Zweifel daran, daß die Vereinigten Staaten, die einige ihrer besten ‚Beobachter‘ und einige ‚Spezialisten‘ nach Santiago de Chile entsandt haben, die chilenische Situation mit doppelter Aufmerksamkeit verfolgen werden.“¹¹⁾



Der Wirtschaftskrieg des USA-Finanzkapitals

In exakter, generalstabsmäßiger Planung, unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten und in ständiger Tuchfühlung mit den reaktionären Kräften Chiles bereitete das USA-Finanzkapital, unterstützt von den Wirtschaftsbossen anderer imperialistischer Länder, vor allem von einflußreichen Wirtschaftskreisen der BRD, systematisch den Sturz der legalen chilenischen Regierung vor. Die Aktionen liefen „wie nach einem Drehbuch“ ab, „das ... ITT-Manager dem USA-Geheimdienst vorgeschlagen hatten ... : Aushungern der chilenischen Wirtschaft durch die USA und befreundete Staaten, Subventionen für oppositionelle Gruppen und Zeitungen und ‚verlässliche Quellen innerhalb des chilenischen Militärs anbohren‘ (aus einem Brief des Washingtoner ITT-Chefs Merriam an Nixons Sonderberater Peterson).“¹²⁾

„Il Messagero“ beschrieb „das Eingreifen der großen amerikanischen ‚multinationalen‘ und enormen internationalen Konzerne ... , deren Macht sich ... auch im Betreiben einer eigenen Außenpolitik“ zeigte, mit folgenden Worten: „Das grundlegende Ziel dieser multinationalen Unternehmen bestand darin, in Chile ein wirtschaftliches Chaos zu schaffen, die einzig reale Voraussetzung für das Scheitern ... von Allende. Dieses Ziel wurde hartnäckig nicht nur von der ‚ITT‘, sondern auch von Gesellschaften wie der Anaconda, der Cerro Mining, der Kennecott und zwei amerikanischen Bankgruppen verfolgt, die in Lateinamerika wirken.“

Diese Aktion der ‚Multinationalen‘ ging Hand in Hand mit einer geschickteren, doch deshalb nicht weniger erbarmungslosen Wirtschaftsoffensive, die von den USA ausging und über die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und alle mit den beiden großen Finanzinstituten verflochtenen Kredit- und Entwicklungsagenturen hinweg betrieben wurde. Der völlige Zusammenbruch der Produktion, das wachsende Defizit der Zahlungsbilanz, die Einstellung der international geförderten und garantierten Investitionen, die Unmöglichkeit, die Bedürfnisse des Haushalts zu befriedigen und durch die Verwirklichung we-

sentlicher öffentlicher Unternehmen Arbeitsplätze zu sichern, die Entkräftung der Schicht der Technologen des Landes, indem mit einträglicheren Stellungen im Ausland gelockt wurde, waren die unmittelbaren und augenscheinlichen Auswirkungen dieser gemeinsamen wirtschaftlichen Aktion, die auf Betreiben der Nixon-Administration mit den ‚Multinationalen‘ gegen die chilenische Demokratie gestartet wurde.“¹³⁾

Im Wirtschaftskrieg des internationalen Finanzkapitals gegen die Unidad Popular-Regierung wurde vor allem versucht, die entscheidende Einnahmequelle des chilenischen Staates, seine Kupferproduktion, zu untergraben. Zu diesem Zweck wurden der systematische Abzug ausländischer Fachkräfte aus den Kupferminen, die Beschlagnahme von Konten in den USA, die Verweigerung von notwendigen Ersatzteillieferungen und sich ständig mehrende Sabotageakte organisiert. In den verstaatlichten Unternehmen wurden aus CIA-Kassen finanzierte Arbeitsniederlegungen angezettelt, bei denen, wie die „Daily World“, das Organ der KP der USA berichtete, Agenten des eng mit der CIA zusammenarbeitenden Amerikanischen Instituts für Freie Gewerkschaftsentwicklung (AIFLD) unter Führung von George Meany und J. Peter Grace eine unrühmliche Rolle spielten. Dieses Institut wird von der USA-Behörde für Internationale Entwicklung (AID) mit etwa 8 Mio Dollar jährlich unterstützt.¹⁴⁾ Auch der Streik der Fuhrunternehmer, der die gesamte Versorgung des Landes lahmlegen sollte und bei dem die „Streikenden“ jeden Tag die dreifache Summe ihres sonst üblichen Verdienstes einstreichen konnten, lief über derartige Verbindungen, war also letztlich ein Werk der CIA.

Zur gleichen Zeit eskalierten die Kupferkonzerne der USA den Wirtschaftskrieg gegen Chile auf internationaler Ebene. Im Laufe des Jahres 1972 wurden die Kupferpreise auf dem Weltmarkt durch Manipulationen, insbesondere durch zusätzliche Kupferangebote aus strategischen Beständen der USA, von 70 Cent auf 48 Cent für das Pfund (lbs) herabgedrückt. Für Chile bedeutete das einen Verlust von 200 Mio Dollar. Infolgedessen gingen die Devisenreserven Chiles seit 1970 von 350 auf 25 Mio Dollar zurück. Auf diese Art sollte vor allem auch das Sozialprogramm der Unidad Popular zu Fall gebracht werden.

„The Financial Times“ hatte schon vor der Wahl Allendes auf die mit Sicherheit zu erwartenden Sabotageakte der USA-Kupferkonzerne mit der Feststellung hingewiesen, „daß der Weltkupfermarkt von wenigen Produzenten und wenigen größeren Konsumenten beherrscht wird, daß die Kupferindustrie so integriert worden ist, daß Produzenten und Konsumenten oft dieselben riesigen Gesellschaften sind. Sowohl Anaconda als auch Kennecott haben gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Integration und Vielfältigkeit zu erreichen. Die erstere ist so erfolgreich gewesen, daß es dem Präsidenten der Gesellschaft vor 10 Jahren möglich war, seinen Aktienbesitzern mitzuteilen, daß die integrierten Aktivitäten der Anaconda ‚tatsächlich von der Grube bis zum Konsumenten reichen‘. Noch wichtiger ist, daß beide Gesellschaften ihr Bestes getan haben, um ihre eigenen Gruben in den Vereinigten Staaten zu entwickeln, um von ausländischen Lieferungen weniger abhängig zu sein. Wenn die Chilenen einen klaren Bruch mit den Gesellschaften herbeiführen wollten, würden sie daher ein großes Geschäft einbüßen.“¹⁵⁾

1972 versuchten die USA-Kupferkonzerné darüber hinaus, chilenische Kupferlieferungen an Abnehmer in Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Italien und in der BRD zu blockieren. Obwohl ihnen das nur zeitweise gelang und obwohl ihre Sabotageaktionen gegen das chilenische Kupfer zu Solidaritätsaktionen des Rates der Kupferexportländer (CIPEC – Komitee der Kupfer exportierenden Länder) Chile, Peru, Sambia, Zaire führten, hofften sie doch, zumindest eine Verunsicherung potentieller Abnehmer chilenischen Kupfers zu erreichen.

Die Rolle des BRD-Finanzkapitals

Bezeichnenderweise unterstützte das BRD-Finanzkapital alle Maßnahmen gegen die Regierung Allendes mit ganzer Kraft. Das „Handelsblatt“ erklärte offen, daß auch von der BRD aus alles ge-

tan werden müsse, um die vor sich gehende Entwicklung in Chile mit den Methoden wirtschaftlicher Erpressung zu unterbinden: „Chile hat sich mit seinen sozialistischen Eskapaden in einen Teufelskreis begeben, aus dem es zunächst fürs erste auch im Hinblick auf die deutsch-chilenischen Beziehungen nicht herauskommen dürfte.“ Das betreffe, so fuhr das Blatt fort, Probleme des Handels, der Entwicklungshilfe und der Umschuldung. Unverfroren wurde gedroht: „Daß die Bundesregierung zu dem ganzen Komplex recht deutliche Vorstellungen hat, ist ... sehr klar gesagt worden. Und das ist gut so, weil es möglicherweise auch dazu beiträgt, in Chile einige Leute zum Nachdenken zu bringen.“¹⁶⁾ Mit anderen Worten: Dieselben Vertreter des BRD-Finanzkapitals, die sonst durch die in ihrem Dienst stehende Presse demagogisch das „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ fordern, maßen sich ohne jede Scheu an, dem chilenischen Volk Vorschriften darüber machen zu dürfen, welchen Entwicklungsweg es einzuschlagen habe und welchen nicht.

Daß das keine leeren Drohungen waren, was das „Handelsblatt“ mit der dem Imperialismus eigenen Brutalität forderte, bewiesen die praktischen Maßnahmen des BRD-Finanzkapitals. Die „Entwicklungshilfe“ für Chile wurde 1971 „eingefroren“,¹⁷⁾ verbindliche Verträge, von BRD-Unternehmen in der Zeit der Regierung des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Montalva abgeschlossen, nicht mehr eingehalten.¹⁸⁾ Dem chilenischen Zentralbankpräsidenten, der zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn kam, wurde vom Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD, Solm, erklärt, daß die Wirtschaftspolitik der Unidad Popular den weiteren Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und Chile im Wege stehe. Daraus ergäbe sich sowohl die „Zurückhaltung der Bundesregierung als auch der privaten Unternehmer“.¹⁹⁾

Nicht zuletzt wurden Hand in Hand mit dem USA-Finanzkapital alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den „Kupferkrieg“ der nord-amerikanischen Monopole zu unterstützen. „Der Handel, allem voran der Kupferimport, sollte schleunigst umgeleitet werden, was angesichts der Kupferschwemme auf dem Weltmarkt keine Mühe macht“, schrieb die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“.²⁰⁾

Die BRD ist – noch vor den USA – der größte Abnehmer chilenischen Kupfers. Sie importierte 1969 aus Chile Waren im Werte von 228 Mio Dollar. 90 Prozent dieser Summe entfielen auf Kupferimporte.²¹⁾ Der jährliche Kupferimport aus Chile belief sich auf etwa 200000 Tonnen.²²⁾ Als die Unidad Popular in Chile die Regierung übernahm, unterstützten die Importeure aus der BRD alle Maßnahmen der Kennecott, Anaconda und Cerro. Sie beteiligten sich an den Preismanipulationen und senkten schon im ersten Jahr nach dem Regierungsantritt Präsident Allendes ihre Kupferimporte aus Chile schlagartig um etwa 20 Prozent.

Es ist bezeichnend, daß dieselben Kräfte in der BRD und in anderen imperialistischen Staaten, deren erklärtes Ziel es war, durch zweckentsprechende Aktionen in Chile ein wirtschaftliches Chaos hervorzurufen, später der Regierung Allende die Verantwortung für die entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zuschieben und damit den Putsch der Generäle zu rechtfertigen suchten. Sie bewiesen damit nur erneut die abgrundtiefe Demagogie bürgerlicher Propaganda.

Über den faschistischen Charakter des Putsches

Die führende britische Wochenzeitschrift „New Statesman“ stellte in einem Leitartikel fest: „Jetzt müssen wir den Namen von Allende auf die Liste von Arbenz, Goulart, Bösch, Jagan und allen südamerikanischen Führern setzen, die festgestellt haben, daß ein Mandat des Volkes keine Garantie gegen die gnadenlose Entschlossenheit der Reichen ist, sich nicht verdrängen zu lassen.“²³⁾

In der Tat, der nationale und soziale Befreiungskampf der Völker Lateinamerikas weist viele Beispiele dafür auf, daß die durch gemeinsame Klasseninteressen verbundene äußere und

innere Reaktion, das internationale Finanzkapital und die oligarchischen Oberschichten alle demokratischen Willensäußerungen der Völker mißachten und vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es darum geht, ihre Privilegien, die rücksichtslose Ausplünderung der lateinamerikanischen Staaten und die doppelte Ausbeutung der in ihnen lebenden werktätigen Massen zu verteidigen. Die Besonderheit des Militärputsches in Chile besteht darin, daß hier die lenkende Hand des USA-Imperialismus ganz besonders deutlich und selbst für den naivsten Beobachter unübersehbar zutage trat und daß dieser Putsch mit einer Brutalität durchgeführt wurde, die selbst große Teile der bürgerlichen Presse zwang, seinen eindeutig faschistischen Charakter zu unterstreichen.

„Le Monde“ schrieb: „Hitler und Mussolini sind zwar tot... aber der Faschismus, der einen Augenblick auf Spanien begrenzt war, ist in seiner militärischen Form von Indonesien bis Brasilien, von Griechenland bis Chile wieder zu neuem Leben erwacht.“²⁴⁾ Und „The Guardian“ stellte fest: „Dies ist der übelste Faschismus, den wir seit langer Zeit erleben.“²⁵⁾

Chile beweist erneut vor allem eines: Der Faschismus ist ein Produkt des Imperialismus, Resultat des verzweifelten Kampfes des internationalen Finanzkapitals um die Behauptung seiner Profit- und Machtinteressen gegen die immer stärker, immer bewußter um ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Volksmassen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete: „Der Staatsstreich vom 11. September kam zunächst mehr der Okkupation eines feindlichen Staates gleich“²⁶⁾, was angesichts der entscheidenden Verantwortung des internationalen Finanzkapitals bei der Organisation dieses Putsches nicht verwundern kann. Daraus folgt, daß dieses internationale Finanzkapital gleichzeitig auch die volle Verantwortung für den blutigen, faschistischen Charakter dieses Putsches zu tragen hat. Der zeitweilige Sieg der Militärjunta und der hinter ihr stehenden Kräfte ist, gemessen an dem Umfang und der Heftigkeit der leidenschaftlichen Proteste der Weltöffentlichkeit, sowohl für die chilenische Generalsclique als auch für das internationale Finanzkapital eine politisch-moralische Niederlage sondergleichen geworden.

Anmerkungen:

- 1 Die Zeit, Hamburg, 20. 11. 1970
- 2 Handbuch für Entwicklungshilfe, Bonn, 89. Lieferung, November 1971
- 3 Wirtschaftswoche, Frankfurt (Main), 12. 2. 1971
- 4 Frankfurter Allgemeine, 24. 4. 1972
- 5 Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, 15. 4. 1971
- 6 Die Welt (B), 31. 8. 1973
- 7 Frankfurter Rundschau, 15. 9. 1970
- 8 Münchner Merkur, 9. 9. 1970
- 9 The Daily Telegraph, London, 8. 9. 1970
- 10 Frankfurter Allgemeine, 7. 9. 1970
- 11 Le Monde, Paris, 7. 9. 1970
- 12 Der Spiegel, Hamburg, 17. 9. 1973
- 13 Il Messaggero, Rom, 12. 9. 1973
- 14 Nach Daily World zitiert in: Neues Deutschland, Berlin, 5. 10. 1973
- 15 The Financial Times, 27. 8. 1970
- 16 Handelsblatt, Düsseldorf, 8. 3. 1972
- 17 Publik, Frankfurt (Main), 17. 9. 1971
- 18 Frankfurter Rundschau, 29. 11. 1971
- 19 Nach: Handelsblatt, 8. 3. 1972
- 20 Frankfurter Allgemeine, 2. 2. 1971
- 21 Ebenda
- 22 Handelsblatt, 4. 10. 1971
- 23 New Statesman, London, 14. 9. 1973
- 24 Le Monde, 21. 9. 1973
- 25 The Guardian, London, 19. 9. 1973
- 26 Süddeutsche Zeitung, 22./23. 9. 1973

(Quelle: IPW-Berichte, Nr. 11/73, S. 58-67, gekürzt)

Naher Osten

Wolfram Brönner

Erdöl als politische Waffe im Nahostkonflikt

Die plötzliche Zuspitzung der seit Monaten schwelenden Energiekrise, stimuliert durch die arabische Drosselung der Erdölförderung, die Reduzierung der Rohölausfuhr in die kapitalistischen Industriestaaten und die Verhängung eines Ölembargos gegen die USA, Holland, Portugal und Südafrika, wurde in der kapitalistischen Welt mit Panik erzeugenden Sparmaßnahmen und chauvinistischer Stimmungsmache gegenüber den "Arabern" beantwortet.

Vorwurf: „Erpressung“ und „Wirtschaftskrieg der Araber“

Da ist die Rede von der "Öl-'Atombombe'"¹⁾, vom "Würgegriff...arabischer Öl-Potentaten"²⁾, vom "arabischen Ölkrieg gegen Westeuropa"³⁾, von der Bedrohung nicht mehr "durch Schießkrieg, sondern durch Wirtschaftskrieg"⁴⁾.

Die ganze Last der Energiekrise wird der "zynischen Haltung" der "Arabern" aufgebürdet⁵⁾ und der Einsatz des arabischen Erdöls als politisches Druckmittel auf den Nenner "Erpressungspolitik"⁶⁾ gebracht. Das gemeinsame Vorgehen der arabischen Staaten gegen die ökonomische und militärische Aggression des Imperialismus wird von den Massenmedien der Monopole als Zerstörung 'ehrlicher' Wirtschaftsbeziehungen dargestellt: "Das ganze auf gegenseitiges Vertrauen gegründete System der Zusammenarbeit, dieses ... Geben und Nehmen, ist aus allen Fugen".⁷⁾

Man gebärdet sich gerade so, als gehörte es nicht zur festgeschriebenen historischen Tradition der imperialistischen Monopole und Staaten, nach Gutdünken Wirtschaftsblockaden gegen sozialistische und nationalrevolutionär geführte Länder zu verhängen, militärische Interventionen gegen fortschrittliche Regierungen zu verüben, Völker ganzer Kontinente nicht nur zu erpressen, sondern auszupressen; sie ihrer Naturreichtümer zügellos zu berauben, sie in Knechtschaft und Elend zu halten.

Oder ging nicht etwa dem faschistischen Militärputsch gegen Chiles rechtmäßige Regierung Allende ein dreijähriger Wirtschaftskrieg der imperialistischen Mächte USA, BRD u.a. voraus? Verhängte nicht Washington 1956 einen

totalen Wirtschaftsboykott gegen Ägypten, der noch im gleichen Jahr in einem Aggressionskrieg Englands, Frankreichs und Israels gipfelte?

Betrieb nicht Washington 1960 eine totale Wirtschaftsblockade mit anschließender militärischer Invasion gegen das revolutionäre Kuba?

Und waren es nicht 1972 die Ölmilliardäre der USA, Englands und Hollands, die einen internationalen Erdölabnahmeboykott gegen die Nationalisierung der IPC ("Iraq Petroleum Company", amerikanisch-britisch-holländisches Ölmonopol) im Irak ankurbelten?

Allein die wenigen angeführten Fälle zeigen an, wessen ureigenstes Kind die "Politik der Erpressung", der "Wirtschaftskriege" ist.

Rolle des arabischen Erdöls für die Westmächte

Die außerordentliche Bedeutung der arabischen Erdölvorkommen für die Energieversorgung, damit für das Fundament des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist in diesen Tagen krasser denn je hervorgetreten. (So stieg z.B. der Energieverbrauch der hochindustrialisierten imperialistischen Staaten in den 6 Jahren vor 1972 um bis zu 31%).

Im Vertrauen auf eine stets ungehinderte Ausbeutung der arabischen Ölquellen und im Interesse der Ölkonzerne an maximalem Profit wurde die Erschließung der einheimischen Energieressourcen vernachlässigt, so daß sich infolge dieser staatlichen Energiepolitik schon Mitte 1973 "Energielücken" auftaten.

Bekanntlich decken die westeuropäischen Länder ihre Erdölaufuhr zu 60 Prozent, Japan zu 85 und die USA zu 10 Prozent (bis 1980: 30 Prozent) aus dem Nahen Osten. Und: über 60 Prozent aller Erdölreserven der nichtsozialistischen Welt lagern im arabischen Raum.

Für die imperialistischen Staaten wird damit die Sicherung des Ölzuflusses aus den arabischen Ländern zur wichtigsten Voraussetzung ihrer Energieversorgung.

In diesem Sinne empfahl die FAZ im Juni 1973,

als entscheidenden Hebel imperialistischer Erdölpolitik, "den westlichen Erdölfirmen mehr Gewicht zu verleihen" sowie "einen Zusammenschluß der NATO-Staaten mit Japan zu einer gemeinsamen Erdölpolitik"⁸⁾ herbeizuführen. D.h. konkret: die anderen imperialistischen Mächte sollten noch stärker auf die Festigung und den Ausbau der Positionen der US-Ölkonzerne festgelegt und an die Nahoststrategie der USA gekettet werden.

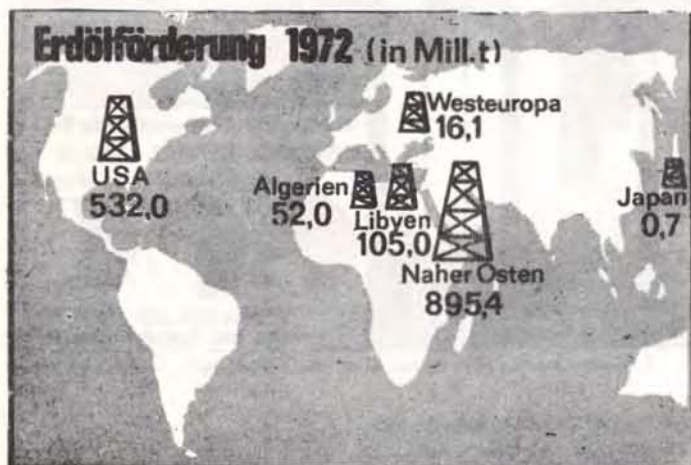
Denn das 1954 gegründete, vom US Finanzkapital majorisierte, die 7 größten Ölmonopole der Welt umfassende "Erdölkonsortium" beherrschte 1972 rund 75 % der Rohölgewinnung, 59 % der Raffinerien und 54 % des Erdölmarktes der nichtsozialistischen Welt. Dieses gigantische kapitalistische Erdölkartell preßte in den vergangenen Jahren allein aus dem arabischen Rohölgeschäft jährliche Profite von 2,5 bis 3 Mrd US-Dollar. Zwischen 1965 und 1972 zogen die US-Ölmonopole aus ausländischen Kapitalanlagen nach offiziellen Statistiken 22,1 Mrd US-Dollar Reinprofit⁹⁾.

Im 3. Quartal 1973, noch vor dem Beginn des arabischen Teilembargos, stiegen ihre Profite explosionsartig an (bis zu 91% bei der Gulf Oil und bis zu 80,7% bei Exxon).



tion der kapitalistischen Weltwirtschaft, von deren Währungs- und der monopolistischen Preistreiber bei industriellen Gütern betroffen.

Um der von imperialistischer Seite verursachten ständigen Verschlechterung des Preisverhältnisses zwischen industriellen Importgütern und eigenen Rohstoffexporten ("Terms of Trade") begegnen zu können, sind Preiserhöhungen seitens der Entwicklungsländer eine unerläßliche, wenn auch begrenzt wirksame Gegenmaßnahme. Schließlich erhalten die erdölfördernden Länder im Verhältnis zu den Auslandsmonopolen und -Regierungen nur einen Gewinnanteil von ca. 1:9¹¹⁾.



Israel und die Nahoststrategie der USA

Die USA agierten nach dem 2. Weltkrieg als ökonomisch-militärische Vorhut des Öl-Imperialismus im Nahen Osten. Direkte militärische US-Interventionen in Kooperation mit Großbritannien und Frankreich gegen fortschrittliche Entwicklungen im Iran 1953, in Ägypten 1956 oder gegen Libanon/Jordanien 1958 wurden jedoch im Zuge des gewandelten weltweiten wie regionalen Kräfteverhältnisses zusehends risikoreicher. Das zwang die USA von der konven-

Schaden tragen die arabischen Länder

Im Zeitalter der Kolonialpolitik verwüsteten die imperialistischen Hauptmächte die arabischen Länder mit zahlreichen Kriegen¹⁰⁾, zogen willkürliche Grenzen, setzten nach Gutdünken Vasallenkönige ein, unterbanden den Aufbau erdölverarbeitender Industriezweige und verhinderten eine allgemeine Industrialisierung. Daher sind die arabischen Staaten noch heute gezwungen, ca. 95 % ihrer Erdölförderung in Form von Rohöl zu exportieren. Nahezu alle Ölraffinerien konzentrieren sich in den kapitalistischen Metropolen, die Tankerflotten und Verteilungsmittel befinden sich fast ausschließlich in den Händen der multinationalen Konzerne. Auf diese Weise konnten sie bis 1971 die Rohölpreise willkürlich diktieren. Weiter werden die arabischen rohstoffexportierenden Staaten gegenwärtig besonders hart von der galoppierenden Infla-

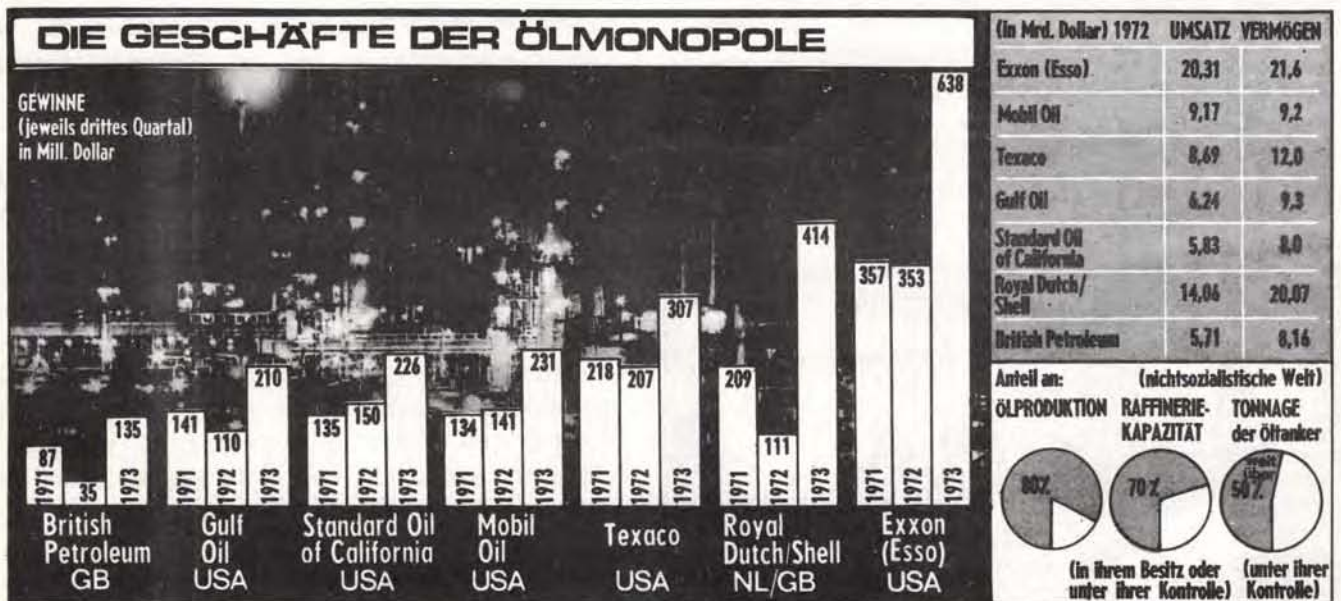


tionellen Kanonenbootdiplomatie zur Umorientierung auf die "indirekte Strategie" des Ausbaus proimperialistischer Stellvertreter bzw. "Brückenköpfe". Die USA setzten auf eine Doppelstrategie: Einerseits versuchten sie, ihre Positionen mit Hilfe der forcierten ökonomischen Durchdringung der arabischen Staaten durch die multinationalen Ölmonopole zu behaupten, was die Stützung und Subventionierung feudalistischer Regimes einschloß. Andererseits sollte Israel die Rolle einer imperialistischen "Ordnungstruppe" gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen eine anti-monopolistische arabische Erdölpolitik übernehmen.

der dortigen Förderung, während es noch 1972 nur 10 % waren¹²⁾.

Zerstörung des „Blitzkriegs“mythos im 4. Nahostkrieg

Den 4. Nahostkrieg unternahm Israel mit Hilfe US-amerikanischer Waffen und im Auftrag der "zivilisierten Welt, ...die Kontrolle der Ölvorkommen mit Gewalt zu übernehmen"¹³⁾, wie es General Rabin kurz vor Kriegsausbruch unmißverständlich ausdrückte. Die israelischen Bombenangriffe konzentrierten sich diesem Auftrag entsprechend primär auf die 1972 verstaatlichten Erdölanlagen Syriens und auf das über Syrien transportierte, nationalisier-



Grafik: Naujods

(Quellen: „Morning Star“, Großbritannien, „Der Spiegel“, BRD, „Handelsblatt“, BRD)

Erfolge im Kampf um ökonomische und politische Unabhängigkeit der arabischen Länder

Trotz seiner "Blitzkriegserfolge" von 1967 konnte Israel ein weiteres Erstarren und die Vereinheitlichung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung nicht aufhalten. Verstaatlichungen der Ölmonopole wurden in Algerien, Ägypten, Irak, Syrien und 1973 in Libyen erzwungen. Selbst in feudal-reaktionären arabischen Ländern wie Kuwait oder Saudiarabien wurden Forderungen nach Teilverstaatlichungen und nach dem Einsatz des Erdöls als Waffe gegen die imperialistisch-israelische Aggressionspolitik laut. Im Zuge des engeren Zusammenschlusses der arabischen erdölproduzierenden Länder in der OAPEC konnten wesentliche Einschränkungen der Konzessionsrechte der Ölmonopole, und - seit 1971 - eine Brechung des imperialistischen Preisdiktats für Rohöl sowie enorme Steigerungen der arabischen Gewinnanteile durchgesetzt werden.

Nach jüngsten Berechnungen der "Neuen Zeit" entfallen 1973 auf staatseigene Erdölgesellschaften der arabischen Länder bereits 30 %

te irakische Erdöl.

Doch General Sharons großsprecherische Prognose vom Sommer 1973 erwies sich als Illusion: "In einer Woche können wir das gesamte Gebiet von Khartum bis Bagdad und Algier okkupieren."¹⁴⁾

Gestützt auf die tatkräftige militärische und politische Solidarität vor allem der Sowjetunion konnten die arabischen Streitkräfte den durch den "Blitz"sieg von 1967 entstandenen Mythos von der ewigen militärischen Überlegenheit Israels zerstören.

Kräfteverschiebungen im Nahen Osten

1. Die "Blitzkrieg"psychose der letzten 6 Jahre ist einem neuen arabischen Selbstbewußtsein gewichen. Die US- und NATO-Strategen aber sind mit ihrer Politik des "großen Knüppels" in eine echte Zwickmühle geraten. Innerimperialistische Widersprüche infolge der mangelnden 'Solidarität' Japans und einer Reihe westeuropäischer Staaten mit den USA schwächten deren und Israels Positionen.

2. Die imperialistischen Spekulationen auf die Unmöglichkeit einer praktisch wirksamen Solidarität der arabischen Welt wurden im 4. Nahostkrieg Lügen gestraft. Die während der Kampfhandlungen koordiniert durchgeführten arabischen Erdölsanktionen gegenüber den Staaten, die Israels Raub- und Kriegspolitik unterstützten, erwiesen sich als äußerst durchschlagkräftig. In dieser Situation gerieten selbst "prowestliche", monarchisch regierte Länder wie Saudi-Arabien in Kollision mit den proisraelischen Hauptkräften des Weltimperialismus.

3. Die solidarische Haltung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten erwies sich in diesen Tagen als hervorragende Stütze des Kampfes der arabischen Länder, wie die arabische Gipfelkonferenz in Algier im Nov. 1973 verdeutlichte (Vgl. Kasten, S. 12).

4. Darüber hinaus stehen die im 4. Nahostkrieg formulierten und in Algier bekräftigten Ziele der arabischen Staaten in völliger Übereinstimmung mit den UNO-Resolutionen von 1967, 1970 und Oktober 1973. Am 15. Dezember 1973 verurteilten 90 UN-Staaten die israelische Expansionspolitik, forderten Tel Aviv auf, seine Politik "der Annexion und Kolonisierung der seit 1967 okkupierten arabischen Territorien" einzustellen und riefen alle Staaten auf, jegliche Handlungen "einschließlich Aktionen auf dem Gebiet der Hilfe"¹⁵⁾ zu unterlassen, die Israel zur Fortsetzung seiner Politik ermutigen könnten. Die USA stimmten gegen die Resolution, Großbritannien, die BRD und andere NATO-Staaten enthielten sich der Stimme. Das zeigt, wie ernst die BRD-Regierung ihre Unterzeichnung der EWG-Nahost-Erklärung nimmt, in der erstmalig - obzwar sehr vage - von "legitimen Rechten der Palästinenser" und von der Notwendigkeit die Rede ist, daß Israel die "territoriale Okkupation beendet".¹⁶⁾

5. Ein bedeutsames Ergebnis des 4. Nahostkrieges ist ferner die verstärkte Anerkennung des Anliegens der Palästinenser. Sogar die EWG-Staaten mußten dem Rechnung tragen. Die PLO war auf dem arabischen Gipfeltreffen erstmals offiziell repräsentiert und wurde als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt. Ihre offizielle Teilnahme an der Genfer Konferenz rückt in den Bereich des Möglichen. Die einsetzende Diskussion um eine staatliche Regelung der Palästinafrage sowie eine UNO-Resolution vom 8.12.1973 bestätigten diese Entwicklung.

Legitimität der Waffe Erdöl

Die oben skizzierte historische Praxis der imperialistischen Monopole und Staaten macht deutlich, daß sie das arabische Erdöl stets als Waffe gegen das Selbstbestimmungsrecht der arabischen Völker mißbrauchten und ihre sozialökonomische Unterentwicklung bewußt konservierten. Die nationale Verfügung über die Naturreichtümer, d.h. über deren Förderung, Verwendung und Verteilung ist Bestandteil des Völkerrechts. Die Wahrnehmung dieser legitimen Rechte stellt also keine Erpressung oder Aggression dar. Bis heute aber versuchen die imperialistischen Hauptmächte und ihr Stellvertreter Israel, die arabischen Völker an der Ausübung dieser legitimen Rechte zu hin-



Schlechte Zeiten für Leute, die sich am arabischen Erdöl „wärmen“ möchten und zur selben Zeit Israels Aggression unterstützen.
Karikatur: Monke

dern. Sie setzen auch nach dem 4. Nahostkrieg ihre militärischen Provokationen und Drohungen fort: durch anhaltende Feuerüberfälle Israels an allen Frontabschnitten, durch die jüngste außerordentliche US-Militärhilfe an Israel in Höhe von 2,2 Mrd Dollar, durch US-amerikanische Manöver wie die kürzliche Konzentration von Kriegsschiffen im Roten Meer, oder wie die unverhüllten Invasionsdrohungen von US-Kriegsminister Schlesinger am 6. Januar 1974, mit "Gewaltanwendung gegen arabische Nationen" sei zu "rechnen"¹⁷⁾. Ebensolche Drohungen stieß das westdeutsche Unternehmermagazin "Wirtschaftswoche" aus. Nach seiner Version sollten die NATO-Staaten die Möglichkeit "nichtmarktwirtschaftlicher Interventionen (prüfen): Eroberung der Erdölgebiete... Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein".¹⁸⁾

Schließlich stimmen die mit den Öl-Sanktionen direkt verknüpften Forderungen der arabischen Länder nach Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten mit den Entschlüssen der UNO überein. Der Einsatz

des Erdöls als politische Waffe erweist sich damit nicht nur als gerechtes Kampfmittel zur Respektierung ihrer legitimen nationalen Interessen, sondern zugleich als Instrument zur Beseitigung der Ursachen des Nahostkonflikts und zur Sicherung des Weltfriedens.

Forderungen an die Bundesregierung

Mit der künstlichen Verknappung des Erdöls gelang es den Erdölkonzernen, riesige Extraprofite (allein in der BRD 2,7 Mrd DM) zu erzielen. Die Folgen des durch die Bonner Unterstützung Israels mitverschuldeten Nahostkrieges wurden von der Bundesregierung durch ihre Stillhaltepolitik gegenüber dem Preiswucher der Ölmonopole auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Während sie einerseits gezwungen ist, sich in Worten von der imperialistischen Annexionspolitik Israels zu distanzieren (siehe EWG-Resolution), zeigen andererseits ihr Verhalten in der UNO und die Zusagen führender bürgerlicher BRD-Politiker an Israel, daß sie in der Praxis ihre bisherige proisraelische Politik fortsetzen will. Offenkundig lassen sich aber die Wahrung der Interessen des arbeitenden Volkes, die kontinuierliche Belieferung mit Erdöl aus arabischen Ländern und die Forcierung einer gerechten Friedenslösung im Nahen Osten nur dann erreichen, wenn den Machenschaften der Erdölkonzerne durch Verstaatlichung - bei demokratischer Kontrolle - ein Ende gesetzt und die Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik eingestellt wird. Um der veränderten Kräftekonstellation im Nahen Osten gerecht zu werden, muß die Bundesregierung die freie Verfügungsgewalt der arabischen Länder über ihre Naturreichtümer respektieren und eine Erdölpolitik direkter und gleichberechtigter Verträge mit den arabischen Staaten betreiben.

Anmerkungen:

1. Die Welt, 11.12.1973
2. Die Welt, 4.12.1973
3. Die Zeit, 7.12.1973
4. Der Spiegel, 10.12.1973
5. New York Times, 27.12.1973
6. ebenda; FAZ, 22.12.1973; Die Zeit, 7.12.1973
7. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.11.1973
8. FAZ, 5.6.1973
9. Survey of Current Business, Washington, September 1973
10. Schlachten um arabisches Erdöl während beider Weltkriege zwischen England/Frankreich/USA und Deutschland/Italien/Japan. Zahlreiche Kolonialkriege von der britischen Eroberung Ägyptens/Sudans (1882-99) bis hin zu Frankreichs Krieg gegen Algerien (1954-62). Weitere Beispiele jüngerer Datums: Kriegführung Englands gegen den Jemen (1955-66), England/Frankreich/Israel überfallen Ägypten (1956), US-Invasion gegen Libanon/Jordanien/Irak (1958),

Israel gegen Ägypten, Syrien, Jordanien (1967), Israel gegen Syrien/Ägypten (1973).

11. vgl. Handelsblatt, 13.11.1973
12. vgl. Neue Zeit, Nr. 45-46/1973
13. Sunday Times, 7.10.1973
14. Prawda, 17.11.1973
15. Unsere Zeit (UZ), 11.12.1973
16. Die Weltbühne, 4.12.1973
17. FAZ, 7.1.1974
18. Die Wirtschaftswoche, 26.10.1973

An die sozialistischen Staaten Erklärung der Arabischen Gipfelkonferenz

Auf ihrer Zusammenkunft in Algier vom 26. bis zum 28. November 1973 erörterten die arabischen Könige und Präsidenten die Situation im arabischen Raum und die internationale Lage, wobei sie:

die sozialistischen Staaten würdigen, die so gleich nach dem israelischen Angriff auf die arabischen Staaten im Jahre 1967 ihre diplomatischen Beziehungen mit Israel abbrachen. Sie nehmen ferner mit Genugtuung die uneingeschränkte politische Unterstützung der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Staaten zur Kenntnis, ebenso ihre militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten und ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der Araber zur Befreiung der besetzten arabischen Gebiete und der Wiedererlangung der Rechte des palästinensischen Volkes. Desgleichen würdigen sie die fortgesetzte Unterstützung der arabischen Nation durch die Volksrepublik China.

Die arabischen Könige und Präsidenten treten für eine Festigung dieser Zusammenarbeit und der Bande zwischen den arabischen und den sozialistischen Ländern mit allen Mitteln ein in gegenseitigem Interesse und in Verfolgung der gemeinsamen Ziele im Sinne der Festigung der Freundschaft zwischen den arabischen und den sozialistischen Staaten.

Die arabischen Könige und Präsidenten sind überzeugt davon, daß die Solidarität der sozialistischen Länder mit den Arabern in ihrem gerechten Kampf weiterhin wachsen wird zu nutzen von Freiheit und Gerechtigkeit und im Dienste der Festigung des Weltfriedens.

(Quelle: Afrika heute, Nr. 12/1973, S. 18)

Israel und der Frieden

Die Politik und Programmatik der PLO, von der Monopolpresse der kapitalistischen Länder seit jeher nur verzerrt, wenn überhaupt dargestellt, wurde gerade in jüngster Zeit durch gezielte Falschmeldungen als verhandlungsunwillig und kriegstreiberisch zu diskriminieren und abzuqualifizieren versucht. Ein solches Verfahren seitens der imperialistischen Propaganda ist zwar keineswegs ungewöhnlich; allerdings sind Widersprüche und unrealistische Positionen der PLO für derartige Verleumdungen ein Nährboden.

Zu solchen unrealistisch-utopischen Positionen, die sich auch in dem im folgenden abgedruckten Dokument niederschlagen, gehört z.B. die in den Vorstellungen über einen zu schaffenden palästinensischen Staat implizierte Nichtanerkennung des Staates Israel. Entsprechend wird im Politischen Programm der PLO vom Januar 1973 gefordert: "Fortsetzung des Kampfes, insbesondere des bewaffneten Kampfes für die Befreiung des gesamten nationalen Territoriums von Palästina und für die Errichtung einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft." Andererseits wird von der PLO ausdrücklich der "Zionismus", nicht aber die "jüdische Nation" als Gegner betrachtet, wie die PLO-Delegation bei der Moskauer Konferenz formulierte: "Das palästinensische Volk hat immer zwischen dem Zionismus als einer rassistischen Bewegung, die mit dem internationalen Imperialismus und den Monopolen verknüpft ist, und den Bürgern jüdischer Nationalität unterschieden".

Daß das israelische Volk nicht mit dem Zionismus gleichgesetzt werden kann, daß sich die Bevölkerung des Staates Israel zu einer israelischen Nation hin entwickelte, die wie jede andere ein Recht auf Existenz besitzt, diese Einsicht gewinnt vor allem seit dem 4. Nahostkrieg auch in den Reihen der PLO an Einfluß; z.B. wenn sie mehrheitlich für die Teilnahme der PLO an der Genfer Nahost-Friedenskonferenz plädiert und sich in der Frage einer möglichen Gründung eines palästinensisch-arabischen Teilstaates verhandlungsbereit zeigt.

Was versteht Israel unter sicheren Grenzen?

Die israelischen Führer haben schon immer ihren Glauben und ihre Verpflichtung an die Sache des Friedens im Nahen Osten erklärt. Sie sagen, daß die wesentliche Voraussetzung für die Herstellung des Friedens darin bestehe, daß die Araber das Recht Israels, als souveräner Staat - und zwar innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen - zu existieren, akzeptieren. Wir wollen diese Bedingung prüfen, um auf diese Weise die Ernsthaftigkeit zu bestimmen, mit der Israel den Frieden ersehnt.

Israel ist ein Land, das durch die Vernichtung eines anderen Landes entstand: Israel steht an der Stelle eines nahöstlichen Landes; sein Volk stellt die demografische Verdrängung der - in hundert verschiedenen Gebieten ansässigen - einheimischen palästinensisch-arabischen Bevölkerung dar, die vertrieben und über ein Dutzend anderer Länder zerstreut wurde; sein Land gehört Israel nicht, wurde nicht gekauft oder auf irgendeine Weise rechtlich erworben; es ist ein von seinen gegenwärtigen Okkupanten besetztes Land. Die geforderte Anerkennung Israels durch die Araber heißt nichts anderes, als die falsche und ungerechte Situation zu legitimieren und fortzusetzen. Sie beinhaltet eine Kapitulation und zugleich die Zustimmung, daß Israel die unveräußerlichen Rechte der palästinensischen Araber, auf ihrem eigenen Boden zu leben und ihre individuellen wie kollektiven Rechte der Selbstbestimmung in ihrem Heimatland wahrzunehmen, mißachtet. Die Forderung Israels nach Anerkennung ähnelt der Rhodesiens, wobei eine solche Anerkennung die rassistische Diskriminierung, Herrschaft und Ausbeutung beinhaltet. Der Fall Israel ist sogar noch schlim-

mer, weil ein Volk betroffen ist, das ent wurzelt, seines gesamten Eigentums beraubt und als Volk nicht mehr anerkannt wurde. Daher ist das, was Israel Frieden nennt, nichts anderes als die Festigung der territorialen Eroberung. Es ist die Legalisierung der gewaltsamen Entwurzelung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat und seiner Vertreibung in die "Wüste" und das "Meer" der Flucht und des Exils.

Israel fordert von den Arabern nicht nur, daß sie sein Recht auf andauernde Besetzung des 1948 okkupierten Territoriums anerkennen, sondern es fügt diesem Gebiet noch einen großen Teil der als Resultat des Junikriegs besetzten Gebiete hinzu, wenn es von "sicheren" Grenzen spricht.

In diesem Begriff von "sicheren" Grenzen liegt der eigentliche Gehalt dessen, was Israel unter Frieden versteht. Der frühere israelische Ministerpräsident, Levi Eshkol, erklärte den Sinn des Begriffs "sichere" Grenzen:

"Wir streben nach einem Frieden, der uns sichere Grenzen im Osten, freie Schifffahrt im Westen und eine Kontrolle über die Wasservorräte im Norden garantiert". (Haaretz, 2. August 1968)

Der stellvertretende Ministerpräsident, Yigal Allon, gab folgende Definition von "sicheren" Grenzen:

"Die Waffenstillstandslinien von 1948 stellen auf keinen Fall sichere Grenzen dar. Frieden kann nur durch einen vollständigen Friedensvertrag hergestellt werden, der effektive Sicherheitsmaßnahmen und neue strategische Grenzen festlegt. Die Existenz Israels - sei sie zivil, militärisch oder politisch - muß auf einem geo-strategischen Arrangement basieren, das eine für Verteidigungszwecke geeignete geografische Tiefe und topografische Positionen garantiert. Sichere Grenzen sind

politische Grenzen, die territoriale Tiefe und natürliche Begrenzungen wie Wasserwege, Gebirge und Wüsten beinhalten. Zu diesen Grenzen kann es keine wie immer geartete Alternative geben." (Maariv, 22. September 1968)

Ein dritter prominenter israelischer Führer, Moshe Dayan, gab die folgende Definition von "sicheren" Grenzen:

"Für Israel bildet das Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan eine territoriale Einheit. Ich bekämpfe entschieden jede Grenzziehung, die diese Einheit zerstören würde. Israel sollte unter keinen Umständen der Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrates zustimmen, weil sie eindeutig unseren Rückzug auf die Linien vom 4. Juni 1967 fordert". (Maariv, 19. Juni 1968)

Die Ministerpräsidentin von Israel, Golda Meir, antwortete auf eine Frage, welche Gebiete sie als für die Sicherheit Israels notwendig erachte, folgendermaßen:

"Wenn Sie der Ansicht sind, daß wir eine Linie ziehen sollten, so haben wir das nicht getan. Wir werden das tun, wenn es dazu an der Zeit ist. Aber eine Grundlage der israelischen Politik besteht darin, daß die Grenzen des 4. Juni 1967 in einem Friedensvertrag nicht wiederhergestellt werden können. Es muß Grenzveränderungen geben. Wir wünschen die Veränderung unserer Grenzen, aller unserer Grenzen, und zwar aus Gründen der Sicherheit ..." (International Herald Tribune, 31. Januar 1972)



Wachposten der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO

.....

Israel strebt also nicht allein die Anerkennung seines Rechts auf Existenz als souveräner Staat durch die Araber an, sondern will "seine" Grenzen so weit ausdehnen, wie es das für notwendig hält. Die Zionisten kämpften entschieden für den Teilungsplan. Als sie diesen zugesichert bekamen, dehnten sie ihre Grenzen aus und besetzten einen größeren Teil von Palästina - und Israel war gegründet. Israelische Sprecher hoben hervor, daß Israel während der Periode von 1948 bis 1967 die arabische Anerkennung seines Existenzrechtes

wünschte und erstrebte. Als Israel am 5. Juni 1967 seinen Angriff auf die arabischen Staaten führte und gewann, war der Tenor "sichere" Grenzen und nicht "Anerkennung". Israel ist noch nicht einmal mit den - als Ergebnis des Junikrieges - okkupierten Territorien zufrieden. Diese Haltung brachte Yigal Allon zum Ausdruck, als er definierte, was er unter der israelischen Strategie versteht. Er sagte, es sei

"notwendig und gerecht, daß die israelische Armee jenes ihrer Rechte anwende, welches ihr erlaubt, die Waffenstillstandslinien für kurze Operationen oder längere Anwesenheit zu überschreiten, wenn folgende Gründe vorliegen:

1. Im Falle eines örtlich begrenzten Angriffs oder eines Generalangriffs; oder im Falle einer Truppenzusammenziehung zur Vorbereitung eines Angriffs; oder wenn wir erfahren, daß unser Gegner sich auf einen umfassenden Luft- oder Raketenangriff auf lebenswichtige israelische Ziele vorbereitet.
2. Um den Krieg der Terroristen gegen unsere Grenzen zu beenden.
3. Im Falle einer Blockade gegen die israelische Schifffahrt auf dem Meer, in den Meeren und schmalen Durchfahrten wie bei Bab-el-Mandab an der südlichen Spitze des Roten Meeres.
4. Um unseren bekannten oder unbekanntem, tatsächlichen oder möglichen Verbündeten in welchem arabischen Land auch immer Hilfe anzubieten.
5. Im Falle einer Veränderung des Status quo in jedem Nachbarland, die Israel bedrohen kann."

(Yigal Allon, The Making of the Israeli Army, London: Vallentine, Mitchell, 1970, S. 105-106)

Was versteht Israel unter Frieden?

Ein kurzer Blick auf diese Bedingungen enthüllt sehr anschaulich, was Israel unter Frieden versteht. Israels Frieden ist ein Plan, dem israelischen Willen physisch und moralisch in jedem Gebiet Geltung zu verschaffen, das Israel als seine Sicherheitssphäre "betrachtet". Dieser Frieden bedeutet Kapitulation und Knechtschaft für die Araber. Darüber hinaus bestätigt er die Aufrechterhaltung einer Supermacht im Nahen Osten, die dieses Gebiet militärisch und politisch beherrscht und es ökonomisch ausbeutet. Aufgrund seines Charakters kann Israel nur eine solche aggressive und expansionistische Strategie verfolgen. Was versteht Israel unter sicheren Grenzen? Israel wurde auf einem Territorium gegründet, das seinen rechtmäßigen Besitzern widerrechtlich entrissen wurde - und das wissen die israelischen Führer. Von daher stellt die Frage der Sicherheitsgarantie für diese illegitime israelische Existenz eines der Hauptanliegen Israels dar. Dies beinhaltet aber nicht, daß Israels Sicherheitskonzeption statisch ist; im Gegenteil, sie ist ziemlich dynamisch und entspricht Israels expansionistischer und imperialistischer Politik. Daher wird dieses Konzept ständig modifiziert, da es der veränderten politischen und militärischen Si-

tuation entspricht. Zudem bedeutet das israelische Sicherheitskonzept nicht die Verteidigung eines festgelegten Territoriums, sondern garantiert Israel ein "Recht", an den Grenzen Israels auf arabischem Boden und in arabischem Luftraum Manöver durchzuführen. Denn Israel glaubt, daß die Realisierung der Sicherheit nicht von internationalen Garantien sondern von aktuellen Gewinnen und Erfolgen abhängt. [...]

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Siedlungspolitik und Expansion?

Einer der Aspekte israelischer Politik in den nach 1967 besetzten arabischen Gebieten ist die Errichtung von Siedlungen. Diese Siedlungen werden von der israelischen Regierung als die Antwort auf alle Forderungen nach Rückzug aus diesen Gebieten gegeben:

Yigal Allon sagte:

"Besiedlung in den lebenswichtigen Gebieten ist eines der grundlegenden Mittel unseres Kampfes um die Festlegung von sicheren Grenzen". (Maariv, 22.9.1968)

Golda Meir sagte:

"Wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hat, wird die Regierung auch in Zukunft die Besiedlung und den Aufbau von Häfen für unsere Söhne auf unserem historischen Heimatboden als politisches Unterpfand für die Sicherheit und Existenz Israels betrachten." (Jewish Observer, 21.3.1969)

Dayan sagte:

"Wir werden noch mehr Siedlungen errichten, weil dies uns bei der Erstellung einer neuen Landkarte helfen wird." (Jerusalem Post, 20.3.1969)

Allon sagte:

"Die Fakten, die wir (in den Gebieten) schaffen werden, werden die zukünftige Landkarte festlegen." (Maariv, 27.9.1968)

Yigal Allon bestimmt die Bedeutung der Wahrung israelischer Territorialgewinne, wenn er ausführt, daß Israel schnell an die Errichtung einer defensiven, landwirtschaftlichen und kolonialen Existenz in jenen Gebieten gehen müsse, die vom Standpunkt der Verteidigung als lebensnotwendig betrachtet werden; und daß es unmöglich sei, sie unter irgendwelchen Umständen aufzugeben. Es besteht keine Hoffnung, den politischen Kampf um Territorien zu gewinnen, wenn man nicht eine erprobte, befestigte und bewaffnete koloniale Tatsache schafft, die den Zwecken der territorialen Verteidigung dient und die als integraler Bestandteil der israelischen Verteidigungskonzeption angesehen wird, welche es der israelischen Armee gestattet, sich wirksamen Kampagnen zu widmen... (vgl. Maariv, 27.9.1968)

(Quelle: gekürzte deutsche Übersetzung nach: Palestine Liberation Organization, Palestinian Committee For Afro-Asian Solidarity, Israel & Peace, o.O., October 1973)

Weltkongress der Friedenskräfte

Peter Dietzel

Einheit des Kampfes für Frieden und nationale Befreiung

Der Weltkongress der Friedenskräfte fand vom 25.-31. Oktober 1973 in Moskau statt. Er war das breiteste Forum in der Geschichte der gesellschaftlichen Bewegungen und vereinigte Vertreter von 120 internationalen und über 1100 nationalen Organisationen und Bewegungen aus 143 Ländern.

Den größten Teil stellten dabei jene Länder, die man gemeinhin zur "Dritten Welt" zählt. Unter ihren Vertretern waren die Repräsentanten einer Reihe junger Nationalstaaten, z.B. die Vertreter der - erst vor wenigen Wochen proklamierten - Republik Guinea-Bissau sowie eine große Zahl von Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Der zunehmend erfolgreiche Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz hat in Europa die Phase des kalten Krieges überwunden und die Beziehungen der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf eine neue, entwicklungsfähige Grundlage gestellt. Die Verträge zwischen der UdSSR und den USA über die Nichtanwendung von Kernwaffen haben darüber hinaus die Gefahr eines dritten Weltkrieges weiter vermindert und erheblich zur Entspannung der internationalen Situation beigetragen.

Dazu beigetragen hat auch der erfolgreiche Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die Aggression des US-Imperialismus: Die USA, die diesen Krieg mit einer bis dahin ungekannten

Grausamkeit und Brutalität geführt hatten, mußten schließlich ihre Truppen von über 500 000 Mann aus Indochina abziehen und dem Pariser Friedensabkommen zustimmen. Aus diesem Grunde widmete der Kongreß diesen Problemen große Aufmerksamkeit. Fünf der vierzehn Kommissionen des Kongresses berührten unmittelbar den Kampf der Befreiungsbewegungen, Entwicklungsländer und jungen Nationalstaaten: drei Kommissionen befaßten sich ausführlich mit der Situation in Indochina, dem Nahen Osten und Chile, zwei weitere arbeiteten zu Problemen des nationalen Befreiungskampfes gegen Kolonialismus und Rassismus sowie zu dem Thema "Wirtschaftliche Unabhängigkeit und Entwicklung".



Indische Delegierte bekunden auf dem Weltfriedenskongreß in Moskau ihre Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß das politische Gewicht und die Bedeutung der antiimperialistischen Kräfte der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, ihr Einfluß auf den Verlauf der internationalen Politik in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist und in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Das kommt nicht nur in der steigenden Zahl der von internationalen Gremien als die legitimen Vertreter ihrer Völker anerkannten Befreiungsbewegungen zum Ausdruck, sondern auch in der sich auf fortschrittlichen Positionen entwickelnden Einheit einer großen Zahl von Entwicklungsländern, wie sie im vergangenen Jahr auf der IV. Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Algier sichtbar wurde.

Zu Recht kam daher der Kongreß zu dem Ergebnis, daß der Befreiungskampf der unterdrückten Völker nicht nur ein gerechter und rechtmäßiger Kampf ist für ihre unabdingbaren Rechte, sondern auch einen wertvollen Beitrag

zur Sache des internationalen Friedens darstellt. Mehr und deutlicher als anderswo steht hier jedoch die Frage nach dem sozialen Inhalt des Friedens, den es zu erkämpfen gilt. Zwei Ereignisse jedoch, zeitlich in unmittelbarer Nähe des Kongresses gelegen, haben mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, daß eine konsequente, auf friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit gerichtete Politik heute zwar in der Lage ist, aggressive imperialistische Kräfte zurückzudrängen, ihren Spielraum einzuengen sowie eine rasche und gerechte Lösung internationaler Konflikte auf friedlichem Wege zu begünstigen, daß die Ursachen dieser Konflikte jedoch noch keineswegs beseitigt sind.

Der faschistische Putsch in Chile und die erneute Eskalation der israelischen Aggression im Nahen Osten sind vielmehr ein Beweis dafür, daß trotz zunehmender Entspannungstendenzen die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion noch immer überall dort, wo sie aufgrund des jeweiligen Kräfteverhältnisses dazu in der Lage sind, zu Mitteln der militärischen Gewalt und faschistischer Herrschaft greifen, um ihre Interessen gegen die demokratischen Bestrebungen der Völker durchzusetzen.

Während sich die imperialistischen Staaten in Europa zur friedlichen Koexistenz gezwungen sahen, wurden so die Länder der "Dritten Welt" zunehmend zum Schauplatz blutiger Aggressionen des Imperialismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Koloniale und neokoloniale Interessen der imperialistischen Staaten sowie der noch existierenden Kolonialmächte geraten dort in wachsenden Widerspruch zu dem sich immer stärker manifestierenden Streben der unterdrückten Völker nach nationaler Selbstbestimmung und sozialer Befreiung. Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, nationale Unterdrückung und neokoloniale Ausbeutung stellen daher eine der Hauptquellen internationaler Spannungen und Konflikte dar. Deshalb wird es stets dort, wo es Kolonialismus gibt, auch den Kampf um nationale Befreiung geben. Wo es Ausbeutung gibt, wird es Kampf um die Befreiung der Arbeit geben.

Adressenänderung

bitte rechtzeitig

bekanntgeben

Kommuniqué des Weltkongresses der Friedenskräfte

Die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen auf dem Weltkongreß wurden in einem gemeinsamen Kommuniqué zusammengefaßt, das wir auszugsweise wiedergeben:

Indochina

Der durch das Pariser Abkommen fixierte Sieg des vietnamesischen Volkes und der durch das Laos-Abkommen und das Laos-Protokoll fixierte Sieg des laotischen Volkes sind große Erfolge der patriotischen Kräfte, die den US-Imperialismus zu wesentlichen Konzessionen gezwungen haben. Sie haben den Weg zu einer gerechten politischen Regelung in diesem Teil der Welt gebahnt.

Der allgemeine Feind dieser Völker hat jedoch seine Ränke nicht aufgegeben: Der Krieg in Kambodscha dauert an; die Saigoner Verwaltung und die reaktionären Kräfte in Laos tun mit Hilfe der USA alles nur mögliche, um die Verwirklichung der unterzeichneten Abkommen zu bremsen. Es bedarf der strikten und unverbrüchlichen Einhaltung des Pariser und der Vientianer Abkommen durch alle Seiten.

Die militärischen Operationen gegen die von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam kontrollierten Gebiete müssen restlos eingestellt werden; die politischen Gefangenen, die von den Saigoner Behörden weiterhin eingekerkert sind, müssen auf freien Fuß gesetzt und den interessierten Seiten überstellt werden.

Angesichts des Ernstes der Lage muß ferner gefordert werden, daß die USA und ihre Satelliten unverzüglich die Aggressionsakte in Kambodscha und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einstellen, wie es den Prinzipien und Zielen des politischen Programms der Nationalen Einheitsfront und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas entspricht.

Es muß alles getan werden, um die Völker von Laos, Kambodscha und Vietnam zu unterstützen, die unter verschiedenen Bedingungen den Kampf um ihre Unabhängigkeit und Frieden fortsetzen.

Naher Osten

Die kürzliche militärische Explosion im Nahen Osten hat mit tragischer Gewalt erhärtet, wie gefährlich das durch die den Frieden bedrohende fortgesetzte Aggression Isra-

els, seine Weigerung, die UNO-Resolutionen zu erfüllen, und die Folgen der andauernden Okkupation arabischer Territorien hervorgerufene lange Ausbleiben einer Friedensregelung in diesem Gebiet ist. Sie hat auch bestätigt, daß diese unversöhnliche Haltung Israels in der Welt von heute nicht zum Erfolg führen kann. Die jüngsten Beschlüsse des Sicherheitsrats gehen gerade davon aus und bestätigen im Grunde genommen, daß es in den jetzigen internationalen Beziehungen keine Legalisierung einer gewaltsamen Annexion geben kann. Diese Beschlüsse weisen den realen Weg zu einer unverzüglichen, gerechten und vollständigen Beilegung der Nahostkrise. Voraussetzung einer solchen Beilegung ist die sofortige Ausführung der Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO vom 22., 23. und 25. Oktober 1973, der vollständige Abzug der israelischen Truppen von allen besetzten arabischen Gebieten entsprechend den Forderungen der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats, den Grundbestimmungen der UNO-Charta wie auch die volle Garantierung der legitimen Rechte und der Sicherheit aller Staaten und Völker dieses Raumes, einschließlich des Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Heimkehr und Selbstbestimmung gemäß den UNO-Resolutionen. (...)

Nationale Befreiungsbewegung, Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen den Kolonialismus, den Neokolonialismus, den Rassismus, die Apartheid, die nationale Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Frieden.

Die nationalen Befreiungskräfte sind eines der Hauptelemente der antiimperialistischen Weltbewegung, der Errichtung des allgemeinen Friedens.

Die nationalen Befreiungsbewegungen sind legitime Vertreter ihrer Völker und Länder.

Die kolonialen und rassistischen Regimes, die auf Terror, auf wahrhaft barbarischer Ausbeutung von Millionen Menschen beruhen, stellen heute einen ungeheuerlichen Anachronismus dar. Diese Regimes genießen die volle Unterstützung des Weltimperialismus, der zu den schändlichsten Manövern und zu unverhüllter Aggression greift, um sie zu erhal-

ten. Kolonialismus und Rassismus erhöhen die Spannungen in verschiedenen Teilen der Welt.

Allseitige und größtmögliche Unterstützung und Hilfe ist der Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu erweisen, die gegen die kolonialen und rassistischen Zustände, für Selbstbestimmung und nationale Eigenstaatlichkeit kämpfen.

Es gilt, die volle Isolierung der kolonialistischen, faschistischen und rassistischen Regimes Portugals, Südafrikas und Rhodesiens durchzusetzen.

Es gilt, die volle nationale Unabhängigkeit der Völker durchzusetzen, die noch unter das Kolonialjoch der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Hollands und Spaniens gebeugt sind. Alle Friedenskräfte müssen die restlose und kompromißlose Verwirklichung der zahlreichen UNO-Resolutionen über die Liquidierung des Kolonialismus, der Apartheid und der anderen Formen des Rassismus durchsetzen. Diese Kräfte erstreben auch aktiv die Verwirklichung der UNO-Resolution "Jahrzehnt der Bekämpfung des Rassismus und der Rassendiskrimination".

Alle Friedenskräfte müssen die Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch alle Staaten anstreben.

Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit

Der fortschreitende Prozeß der internationalen Entspannung eröffnet bessere Möglichkeiten zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Länder der dritten Welt. Solange diese Probleme ungelöst bleiben, ja durch imperialistische Einmischung und Ausbeutung verschärft werden, können sie neue internationale Konflikte auslösen und explosive Situationen schaffen.

Es kann nicht geduldet werden, daß im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution das Erbe des Kolonialismus und der kolonialen sozialen Strukturen in einem gewaltigen Teil der Welt nicht überwunden ist, daß in vielen Gebieten der Erde Hunger und Krankheit wüten, daß es dort noch immer wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit und Elend gibt, zumal all dies durch die Erpressung und den Druck der internationalen Monopole verschlimmert wird, die im Bunde mit der einheimischen Reaktion volksfeindliche, ausgesprochen faschistische Regimes unterstützen oder einsetzen.

Die beharrlichen und konstruktiven Bemühungen der Entwicklungsländer können, durch

effektive internationale Solidarität unterstützt, diese akuten sozialökonomischen Probleme lösen und den Lebensstandard von Hunderten Millionen Menschen verbessern. Dies muß durch die durchgehende Reduzierung aller Rüstungshaushalte, durch die strikte Respektierung des Rechts der Völker auf Verfügung und Kontrolle über ihre Naturreichtümer und durch größere wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Hilfe für die Entwicklungsländer ohne jegliche politische Vorbedingungen erleichtert werden. (...)

Chile

Der faschistische Putsch in Chile hat gezeigt, wie gefährlich die Politik der imperialistischen, reaktionären Kräfte für die Völker ist, die den Weg der Freiheit, den Weg der selbständigen, unabhängigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung eingeschlagen haben. Der Sturz der rechtmäßigen Regierung der Volkseinheit unter Führung von Salvador Allende führt uns erneut vor Augen, daß die internationalen Monopole, die Kräfte der äußeren und inneren Reaktion jederzeit bereit sind, zum Gegenangriff überzugehen, der in einem Staatsstreich mit Waffengewalt, in der Errichtung der Militärdiktatur und in blutigen Massakern gipfeln kann.

Das Beispiel Chiles zeigt wiederum, daß der Kampf für die demokratischen Ideale, für die Grundfreiheiten des Menschen, für die Festigung von Gesetzlichkeit und Rechtsordnung nach dem Willen des Volkes von der aktiven Politik des Friedens und der gleichberechtigten Zusammenarbeit im internationalen Rahmen nicht zu trennen ist. Die chilenische Tragödie bestärkt uns in unserer Überzeugung, daß die gegen die Entspannung und gegen die Festigung der internationalen Sicherheit auftretenden Kräfte die gleichen sind, die Versuche unternehmen, den Vormarsch der Völker auf dem Wege der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts zu hemmen.

Die wachsende Solidarität mit dem chilenischen Volk, der Kampf gegen den Terror und die Gewalttaten der Junta, für die Freilassung aller Demokraten und Patrioten, für die wahre Wiedergeburt Chiles wird zu einem Bestandteil der Bewegung für die Festigung eines allgemeinen, gerechten und demokratischen Friedens. Er nimmt einen wirklich weltumspannenden Umfang an. (...)

Dies ist unsere gemeinsame Einstellung zu den Kardinalfragen, die nach einmütiger Auffassung der Kongreßteilnehmer heute in

den Vordergrund rücken. Wir sind davon überzeugt, daß diese Einstellung eine gute und sachliche Basis fruchtbringender und gemeinsamer Aktionen aller sein kann und muß, die den Frieden nicht nur wünschen, sondern auch die Absicht haben, praktisch für ihn zu arbeiten.

Die Zeit drängt. Die Bemühungen der Regierungen allein reichen nicht aus, um ein System internationaler Beziehungen zu schaffen, in dem ein Krieg unmöglich wäre und in dem alle Völker und Staaten uneingeschränkt in den Genuß der Segnungen des Friedens, der modernen Zivilisation und der wissenschaftlich-technischen Revolution kommen könnten.

Das zu erreichen ist die Aufgabe aller Menschen der Welt.

Die Zeit drängt. Wir vertrauen darauf, daß der Kongreß ein guter Auftakt und ein mächtiger Impuls sein wird zum Zusammenschluß der Bemühungen aller Friedenskräfte um internationale Sicherheit und Abrüstung, um nationale Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und Frieden.

Die Zeit drängt.

(Quelle: Weltkongreß der Friedenskräfte, Dokumente, Moskau 1973, S. 3 - 20, gekürzt)

Guinea-Bissau

Proklamation der Republik Guinea-Bissau

Die Proklamation der Republik Guinea-Bissau am 24.9.1973 stellt eine neue Stufe des seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten andauernden Befreiungskampfes des Volkes von Guinea-Bissau dar, der - unter der Führung der PAIGC - die portugiesische Kolonialmacht Stück für Stück zum Rückzug gezwungen hat. Sie ist Ausdruck neu geschaffener militärischer, politischer, ökonomischer und kultureller Bedingungen, die nun die Errichtung eines wirklich unabhängigen, demokratischen Staates ermöglichen.

Das vorliegende Dokument der ersten Sitzung der 1973 gewählten Nationalen Volksversammlung (vgl. AIB Nr. 10/1973) faßt die wichtigsten Aspekte dieser Entwicklung zusammen und formuliert die grundlegenden Zielsetzungen der Republik. Es würdigt auch die positive Rolle der UNO als Instrument zur weltweiten Isolierung des portugiesischen Kolonialismus. Dies wurde in den letzten Wochen mit der Anerkennung Guinea-Bissaus durch rund 60 Staaten und mit seiner Aufnahme in die Weltorganisation wirksam unterstrichen. Die Aufnahme des Staates in die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung Guinea-Bissaus.

Der Vertreter der BRD in der UNO enthielt sich bei der Abstimmung zur Aufnahme der Republik Guinea-Bissau der Stimme. Die Bundesregierung betreibt hier ein durchsichtiges Spiel: Erstens und vor allen Dingen die beharrliche Weigerung, gegen die portugiesische Kolonialpolitik Stellung zu nehmen, zum anderen aber der Versuch, durch Stimmenthaltung sich für alle Fälle eine Tür offen zu halten. Das Volk von Guinea-Bissau wird zu unterscheiden wissen, welche Regierungen für sein nationales Selbstbestimmungsrecht eintreten und welche Regierungen dies nur ins taktische Kalkül einbeziehen.

Die gegenwärtige geschichtliche Epoche der Menschheit wird gekennzeichnet durch den Kampf der Völker um ihre völlige Befreiung von Kolonialismus, Imperialismus, Rassismus und allen anderen Formen der Beherrschung und Unterdrückung, die die Entfaltung des Menschen, seine Würde, den Frieden und den Fortschritt beeinträchtigen.

In den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus hat unser Volk unter der Führung der Afrikanischen Partei der Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln (PAIGC) unter der weisen Führung ihres Gründers und besten Kämpfers, Amilcar Cabral, im Verlaufe von 17 Jahren des politischen und bewaffneten Kampfes ein neues Leben aufgebaut, und es verfügt über eine starke politische Organisation, eine sich

ständig weiterentwickelnde Verwaltungsorganisation, eine Gerichtsbarkeit, eine sich entfaltende Wirtschaft und über soziale und kulturelle Einrichtungen sowie nationale Streitkräfte.

Der historische Besuch einer Sondermission der Vereinten Nationen vom 2. bis 6. April 1972 in den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus bestätigte der Völkergemeinschaft die Feststellung Dutzender unparteiischer und anerkannter Beobachter aus allen Kontinenten: Es besteht die Selbstbestimmung unseres Volkes, und es besteht de facto eine staatliche Struktur, die wirksam funktioniert.

In flagranter Verletzung des heutigen Völkerrechts befinden sich die portugiesischen

Kolonialisten noch immer in einigen Teilen unseres nationalen Territoriums. Das höchste internationale Gremium, die UNO, hat bereits unzählige Male die Gesetzwidrigkeit dieser Anwesenheit und das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf Freiheit und Souveränität und auf seinen legitimen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus bestätigt.



(Graphik: Ute Tauebner)

Und zwar unterstreichen die Vollversammlung der UNO auf der Grundlage der historischen Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 über die Gewährung der Unabhängigkeit der kolonial unterdrückten Länder und Völker namentlich in ihrer Resolution 2918 (XXVII) vom 14. November 1972 und der Sicherheitsrat in seiner Resolution 322 vom 22. November 1972 das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Andererseits hat die IV. Kommission der Vollversammlung der UNO auf Vorschlag des Sonderausschusses für Entkolonialisierung auf der XXVII. Tagung der PAIGC, die Bewegung zur Befreiung Guineas und der Kapverdischen Inseln, als den alleinigen und wahren Vertreter der Bevölkerung dieses Territoriums anerkannt.

Die Nationale Volksversammlung entstand als Ergebnis des erfolgreichen Kampfes der PAIGC gegen den portugiesischen Kolonialismus und wurde nach dem Grundsatz, daß die Macht vom Volke ausgeht und ihm dienen soll, aufgebaut. Sie setzt sich aus Vertretern zusammen, die in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl gewählt werden, und ist Ausdruck des souveränen Willens des Volkes von Guinea-Bissau.

Am 24. September 1973 in dem befreiten Gebiet von Boé zusammengetreten, verleiht die Nationale Volksversammlung dem souveränen Willen des Volkes Ausdruck und
PROKLAMIERT FEIERLICH DEN STAAT GUINEA-BISSAU.

Der Staat Guinea-Bissau ist eine souveräne, demokratische, antikolonialistische und anti-imperialistische Republik, deren oberstes Ziel die völlige Befreiung des Volkes von Guinea und den Kapverdischen Inseln und die Vereinigung dieser beiden Territorien zu einem starken und fortschrittlichen afrikanischen Vaterland ist. Die Modalitäten dieser Vereinigung werden nach der Befreiung der beiden Territorien und in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes festgelegt.

Der Staat Guinea-Bissau übernimmt die heilige Pflicht, so zu handeln, daß die aggressiven Kräfte des portugiesischen Kolonialismus mit allen Mitteln und so schnell wie möglich aus dem Territorium vertrieben werden, das sie in Guinea-Bissau noch besetzt halten, und daß der Kampf auf den Kapverdischen Inseln, einem festen und unveräußerlichen Bestandteil des nationalen Territoriums des Volkes von Guinea und den Kapverdischen Inseln, verstärkt wird. Auf den Kapverdischen Inseln wird zum geeigneten Zeitpunkt die Nationale Volksversammlung der Kapverdischen Inseln gegründet werden zum Zwecke der Schaffung des obersten Organs der absoluten Souveränität unseres Volkes und seines vereinigten Staates, der Obersten Volksversammlung Guineas und der Kapverdischen Inseln.

Der Staat Guinea-Bissau betrachtet als eines der wichtigsten Prinzipien seiner Außenpolitik die Festigung der Bande der kämpferischen Solidarität und Brüderlichkeit zwischen unserem Volk und allen um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie den gegen den Zionismus kämpfenden arabischen Völkern.

Der Staat Guinea-Bissau ist Teil Afrikas und kämpft für die Einheit der afrikanischen Völker unter Beachtung der Freiheit, der Würde und des Rechts dieser Völker auf politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt.

Auf internationaler Ebene wünscht der Staat Guinea-Bissau, Beziehungen der Freundschaft, Zusammenarbeit und Solidarität mit den Nachbarländern, der Republik Guinea und der Republik Senegal, sowie mit allen unabhängigen afrikanischen Staaten und mit allen Staaten der Welt zu unterhalten und zu entwickeln, die seine Souveränität anerkennen und den nationalen Befreiungskampf unseres Volkes unterstützen. Diese Beziehungen gründen sich auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils.

Der Staat Guinea-Bissau übernimmt die Verantwortung für die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts des Landes und schafft damit die materiellen Grundlagen für die Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft und der Technik, damit das Niveau des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes ständig steigt und schließlich ein Leben in Frieden, Wohlstand und Fortschritt für alle Bürger unseres Landes gewährleistet wird.

Aufbauend auf unserer heldenhaften Volksarmee der Nationalen Befreiung rüstet der Staat Guinea-Bissau die Nationalen Streitkräfte mit allen für die Erfüllung der Mission der vollständigen Befreiung unseres Volkes und für die Verteidigung der Errungenschaften unseres Volkes und der Integrität seines nationalen Territoriums erforderlichen Mitteln aus.

Von dem historischen Augenblick der Proklamation des Staates Guinea-Bissau an sind die Behörden und Organe des portugiesischen Kolonialstaates, die auf seinem Territorium irgendwelche politische, militärische und administrative Macht ausüben, gesetzwidrig, und ihre Handlungen sind nichtig und entbehren jeglicher Wirkung. Demzufolge hat der portugiesische Staat von diesem Moment an kein Recht, irgendwelche Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten für unser Land einzugehen. Alle Verträge, Konventionen, Abkommen, Bündnisse und Konzessionen, die in der Vergangenheit von den portugiesischen Kolonialisten im Zusammenhang mit unserem Land unterzeichnet wurden, werden der Nationalen Volksversammlung als dem obersten Organ der Staatsmacht vorgelegt, die diese unter Berücksichtigung der Interessen unseres Volkes prüfen wird.

Der Staat Guinea-Bissau bekräftigt das Prinzip, daß er einen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus führt, nicht gegen das portugiesische Volk, mit dem unser Volk Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit unterhalten möchte.

Der Staat Guinea-Bissau vertritt die Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit. Er erstrebt die Lösung strittiger Fragen zwischen den Nationen auf dem Wege von Verhandlungen, und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der höchsten internationalen Gremien erklärt er sich in diesem Sinne bereit, über eine Lösung zu verhandeln, die der Aggression der portugiesischen Kolonialregierung, die gesetzwidrig einen Teil unseres nationalen Territoriums besetzt hält und Akte des Völkermords gegen unsere Bevölkerung begeht, ein Ende setzt.

Die Grenzen des Staates Guinea-Bissau schließen das Gebiet ein, das auf der nördlichen Halbkugel zwischen $12^{\circ} 20'$ und $10^{\circ} 59'$



Der Volksbildung und der frohen Zukunft seiner Jugend gilt die besondere Fürsorge des freien Guinea Foto: ADN/ZB/TASS

nördlicher Breite und $16^{\circ} 43'$ und $13^{\circ} 90'$ westlicher Länge liegt, d.h. zwischen der Republik Senegal (im Norden), der Republik Guinea (im Süden und Osten) und dem Atlantischen Ozean (im Westen). Dieses Territorium setzt sich zusammen aus einem kontinentalen Teil, einem Gürtel von Küsteninseln sowie dem Bissagos-Archipel mit allen seinen Inseln. Er umfaßt ein territoriales Gebiet von $36\,125\text{ km}^2$ und die entsprechenden Territorialgewässer. Das entspricht dem Gebiet, das in der Vergangenheit als Kolonie Portugiesisch-Guinea bezeichnet wurde.

Der Staat Guinea-Bissau ruft alle unabhängigen Staaten der Welt auf, ihn de jure als souveränen Staat gemäß dem Völkerrecht und der internationalen Praxis anzuerkennen. Er verleiht seiner Entscheidung Ausdruck, am internationalen Leben teilzunehmen, namentlich im Schoße der Organisation der Afrikanischen Einheit und der Organisation der Vereinten Nationen, wo unser Volk seinen Beitrag zur Lösung der entscheidenden Probleme unserer Zeit in Afrika und in der ganzen Welt leisten kann.

24. September 1973

Die Nationale Volksversammlung

(Quelle: nicht autorisierte deutsche Übersetzung nach: hektographiertes Material der PAIGC)

Vietnam

Frank Werkmeister

1 Jahr Pariser Vietnam-Abkommen – 1 Jahr schwerster Provokationen durch die USA und Saigon

Das vor einem Jahr am 27. Januar 1973 unterzeichnete Pariser Vietnam-Abkommen¹⁾ leitete eine neue Etappe im revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes ein. Während die Hauptaufgabe in der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) darin besteht, die Folgen der US-amerikanischen Kriegführung möglichst rasch zu beseitigen²⁾, um den Aufbau des Sozialismus erfolgreich weiterzuführen, stehen im Süden Vietnams die patriotischen Kräfte vor der Aufgabe, die befreiten Gebiete als Basis für den Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt umfassend zu stärken. Der Kampf um die strikte Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens ist die wesentliche Grundvoraussetzung zur Lösung beider Aufgaben.

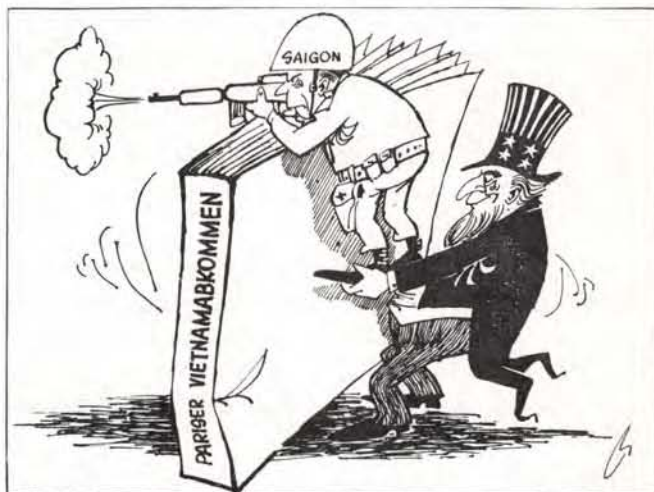
Seit der Unterzeichnung des Abkommens im Januar 1973 hat sich das volksfeindliche Thieu-Regime, das den friedlichen Aufbau in der DRV und in den von der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV verwalteten Gebieten zu stören versucht, zahlreiche ernste Verletzungen des Abkommens zuschulden kommen lassen. Die US-Imperialisten stifteten die Saigoner Verwaltung zu diesen Verbrechen an oder begingen zusätzlich eigene Provokationsakte, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen:

- + 15 Millionen US-Dollar stellte die Nixon-Regierung in den ersten neun Monaten des Jahres 73 für den Ausbau des Gefängnis- und Polizeiwesens im Saigoner Bereich zur Verfügung.
- + 300 Tigerkäfige wurden allein auf der berühmtesten KZ-Insel Poulo Condor neu erbaut.
- + Die Zahl der politischen Gefangenen wurde von 200.000 auf annähernd 300.000 erhöht. Das Thieu-Regime verhaftet jeden, der sich für die im Abkommen garantierten demokratischen Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, freie Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes oder für die Demonstrationenfreiheit einsetzt.
- + Über 900.000 Menschen, die in ihre Dörfer zurückkehren wollen, werden in den von Saigon kontrollierten Städten und "strategischen Dörfern" festgehalten; sie sollen als Stimmvieh für Scheinwahlen benutzt werden.

+ Unter dem Kommando des US-Generals John Murray arbeiten 24.000 US-Militärberater – als Zivilisten getarnt – in den Organen der Armee, des Polizeiapparates und des Geheimdienstes für das Thieu-Regime.

+ Die USA lieferten der Thieu-Clique nach dem Inkrafttreten des Abkommens illegal mehrere Flugzeuge vom Typ F 5 und A 37. Damit verfügt Saigon über die drittstärkste Luftwaffe und die zweitstärkste Hubschrauberflotte der kapitalistischen Welt.

+ Über 32.000 militärische Operationen größeren Stils mit Artillerie- und Luftwaffenunterstützung wurden vom Saigoner Regime gegen befreite Gebiete – besonders im Küstenstreifen – mit dem Ziel durchgeführt, sie zu besetzen.



+ 176.000 Polizeiaktionen wurden gegen die Bevölkerung im Saigoner Bereich unternommen.

+ 12.000 mal bombardierte die Saigoner Luftwaffe Gebiete der PRR bzw. verletzte den Luftraum der befreiten Gebiete durch Spionageflüge.

+ Weit über 6.000 Menschen wurden nach Angaben der PRR allein unter der Zivilbevölkerung durch die Bombardements getötet.

+ Die von den USA im Abkommen übernommene Verpflichtung, die Hafen- und Küstengewässer der DRV zu entminen, wurde nicht erfüllt; im Hafen von Haiphong z.B. entschärften sie lediglich 3 Minen.

- + Die USA haben sich bis jetzt der Verpflichtung entzogen, einen Beitrag zur Überwindung der von ihnen angerichteten Kriegsschäden und zum Wiederaufbau der DRV zu zahlen.
- + Noch immer fliegen die USA Spionageeinsätze über dem Territorium der DRV.
- + Die USA provozierten die DRV am 7. Dezember 73 mit der Entsendung des Flugzeugträgers "Midway" vor die Küste der Provinz Quang Binh.

Um von ihren ständigen Verletzungen des Pariser Vietnam-Abkommens abzulenken, bauen die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten mit einer großangelegten Verleumdungskampagne den Popanz von der "Aggression" aus dem Norden und aus dem Bereich des "Vietkong" auf. Die DRV sowie die PRR und die FNL haben aber immer wieder darauf verwiesen, daß sie sich für die strikte Einhaltung und Verwirklichung des Abkommens, zu dessen Unterzeichnung die USA und Saigon gezwungen wurden, einsetzen. Zugleich wurde den Provokateuren deutlich gemacht, daß ihre Rechnung, nach Salami-Taktik Schritt für Schritt die befreiten Gebiete zu liquidieren, nicht aufgehen wird. Dementsprechend fordert das militärische Oberkommando der PRR in einem Befehl vom Oktober 73³⁾ die Volksbefreiungsstreitkräfte auf, jeden Angriff konsequent abzuwehren und die ständigen Luftangriffe mit Vergeltungs- und Bestrafungsaktionen zu beantworten. Die Gegenschläge der Befreiungsstreitkräfte in den letzten Wochen haben - selbst nach Meinung bürgerlicher Kommentatoren - gezeigt, daß die PRR und die FNL in der Lage sind, die Saigoner Machthaber gezielt und präzise an jedem Ort zu treffen.

Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens muß außerdem festgestellt werden, daß die Bundesregierung noch immer nicht die Konsequenzen aus dem Abkommen gezo-

gen hat. Sie hat noch immer die DRV nicht anerkannt und weigert sich, diplomatische Beziehungen mit der PRR aufzunehmen. Das Pariser Abkommen aber hat klar festgelegt, daß es in Südvietnam zwei Armeen, zwei kontrollierte Gebiete und zwei Regierungen gibt. Das alles ignoriert Bonn. Stattdessen gewährt man - wie dpa im Dezember 73 aus Saigon meldet - der Thieu-Clique einen neuen Kredit in Höhe von 49 Millionen DM (Zinssatz 2 Prozent, Rückzahlung innerhalb von 30 Jahren). Wenn die Bundesregierung das Pariser Vietnam-Abkommen tatsächlich akzeptieren will, dann muß sie unverzüglich und bedingungslos die DRV und die PRR diplomatisch anerkennen und - ebenfalls ohne Vorbedingungen - die Gelder freigeben, die für die Menschen in Vietnam bereits bewilligt wurden. Dabei darf dem korrupten Thieu-Regime jedoch kein Pfennig zufließen!

Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens steht für die Solidaritätsbewegung in der BRD fest:

Die politische und materielle Solidarität mit dem vietnamesischen Volk muß weitergehen. Die außerordentlich ernste Lage in Südvietnam ist dafür eine zusätzliche Verpflichtung. Die Arbeit der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität", besonders das Projekt für den Aufbau einer Schule in Nam Ha (DRV) muß nachhaltig unterstützt werden. Es gilt die Losung: Vietnam bleibt unsere Sache!

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB Nr. 2/1973 Wortlaut des Abkommens
- 2) Vgl. AIB Nr. 6/1973 Aufbau in der DRV
- 3) Vgl. South Vietnam in struggle, Nr. 219 vom 22. Oktober 73

Kambodscha

Über den Kampf der Nationalen Befreiungsfront

Interview der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" mit dem stellvertretenden Leiter der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) in Frankreich, Herrn In Sokan, anlässlich der internationalen Kambodscha-Konferenz am 8./9. Dezember 1973 in Paris.

Frage: Die "nationale Eintracht" ist ein wesentlicher Aspekt des nationalen Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes. Wie stellt sich dieses Problem in Ihrem Land, im nationalen Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes dar?

Antwort: Wir stellen mit Bedauern fest, daß man darauf beharrt, das Problem Indochinas in der Öffentlichkeit zu vereinfachen und zu globalisieren, während es in Indochina tatsächlich verschiedene nationale Gebilde mit ihrem jeweils spezifischen Charakter gibt. Der Aggressionskrieg in Vietnam, Laos und Kambodscha weist gewisse Unterschiede auf. Die infolge der gegen die drei Länder - ich sage ausdrücklich "drei Länder": Vietnam, Laos und Kambodscha - geführten Aggression eingetretene Si-

tuation ist in jedem Land verschieden. Wir haben wiederholt bekräftigt, daß der Kampf der Brudervölker von Vietnam, Laos und Kambodscha ein solidarischer Kampf ist. Aber man darf diese Solidarität nicht mit einer einzigen Organisation des Kampfes verwechseln. In diesen drei Ländern leben drei verschiedene Völker mit verschiedenen Organisationen und auch verschiedenen Traditionen des Kampfes. Wie Sie wissen, hat bereits die Gipfelkonferenz der drei Völker Indochinas (April 1970) klar unterstrichen, daß die Befreiung jedes Landes das Werk seines Volkes ist. Jedes Volk muß über seine eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden in jedem der drei Länder. Aber in diesem Kampf unserer drei Länder sind unsere



Volksbefreiungstreitkräfte der FUNK

drei Völker solidarisch und helfen sich gegenseitig entsprechend den Bedürfnissen jeder Seite in gegenseitiger Respektierung.

Wir halten gerade den folgenden Punkt für sehr wichtig: Nixon wollte das Problem globalisieren, um die Öffentlichkeit zu täuschen und sie glauben zu machen, daß der Krieg in den drei Ländern Indochinas ein Krieg gegen die Nordvietnamesen sei. Das ist falsch. Nixon meinte, wenn er Kambodscha angreife, komme er aus dem vietnamesischen Sumpf heraus. Aber die Aggression gegen Kambodscha traf sofort auf den Widerstand des kambodschanischen Volkes. Die Öffentlichkeit muß wissen, daß in Indochina drei Völker vom Imperialismus angegriffen wurden und daß diese drei Völker, jedes in seinem Land, gegen die amerikanische Aggression kämpfen. Kambodscha ist also ein nationales Gebilde mit allen es als Nation kennzeichnenden Kriterien, wie z.B. eine eigene Sprache, die Khmer-Sprache. Als unsere vietnamesischen Freunde in Südvietnam nach 1960 zu den Waffen gegriffen hatten, um gegen die amerikanische Beherrschung zu kämpfen, führten wir den poli-

tischen Kampf noch im Frieden. Wir haben unsere Unabhängigkeit seit 1953 erlangt. Diese Unabhängigkeit wurde durch die Genfer Abkommen von 1954 bestätigt. Nach 1954 verfolgten wir eine Politik der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Friedens. Bis 1970 lebten wir, trotz der Versuche des US-Imperialismus, Kambodscha in den Griff zu bekommen, in einer Periode relativen Friedens. Wir konnten sie zum Aufbau des Landes und zur Organisierung des Lebens nutzen. Fragen Sie alle, die Kambodscha vor 1970 kannten: sie werden Ihnen sagen, daß es eine Insel des Friedens war. Ich möchte auf Ihre Frage mit dem Hinweis antworten, daß es sich also hier um voneinander zu unterscheidende nationale Gebilde handelt, nicht nur im Hinblick auf die Sprache, sondern auch im Hinblick auf die ökonomischen, politischen und natürlich auch auf die gesellschaftlichen Bedingungen, denn es handelt sich um drei verschiedene Länder.

Frage: Nach dem vom US-Imperialismus angezettelten Putsch 1970 hat sich in Kambodscha die FUNK - die Nationale Einheitsfront von Kambodscha - gebildet. Seither hat es nicht an Versuchen des US-Imperialismus gefehlt, die FUNK oder auch die drei Länder Indochinas zu spalten.

Antwort: Ich erwähnte schon, daß die Solidarität der drei Völker Indochinas in der Erklärung der Gipfelkonferenz der drei indochinesischen Völker vom 25. April 1970 verankert ist. Sie sagt ausdrücklich, daß die Befreiung jedes Volkes sein eigenes Werk ist. Wir sind solidarisch im gegenseitigen Respekt und dieser gegenseitige Respekt ist eine sehr feste Grundlage unserer Solidarität. Die Grundlage unserer Solidarität mit dem Volk von Vietnam - ohne jetzt hier unsere nachbarliche Verbundenheit zu erwähnen - die feste Grundlage dieser Solidarität ist die Tatsache, daß wir einen gemeinsamen Feind haben. Die Solidarität kann aber nur fest sein, wenn man sich gegenseitig respektiert.

Was die FUNK betrifft: unsere Front ist in ihrem Charakter einzigartig. Oft werden solche Fronten aus dem Zusammenschluß der Parteien gebildet, aber unsere Einheitsfront wird durch die Vereinigung aller gesellschaftlichen Schichten in Kambodscha gebildet. Sie wissen, daß es in ihr den Prinzen gibt. Aber Sie finden in der Front auch Bauern und Arbeiter. Die gesellschaftliche Fächerung ist also sehr breit und infolgedessen vereinigt die Front verschiedene Tendenzen, Meinungen. Aber trotz ihrer Breite ist unsere Front fest. Diese Festigkeit, diese Einheit ist der Tatsache zuzuschreiben, daß wir gegen den Feind, gegen den fremden Aggressor kämpfen müssen. Sie ist durch die Einheit der Volksbefreiungsarmee konkre-

tisiert. Darin liegt die Stärke des Volkes. Deshalb versucht der Feind, der Imperialismus und seine Handlanger, gerade wegen des sehr breiten Charakters der Front, auseinandergehende Auffassungen zu bestimmten Einzelfragen aufzugreifen und zu vertiefen. Aber ich kann Ihnen versichern, daß es dem Imperialismus und seinen Handlangern niemals gelingen wird, unsere Einheit in der Front und die Solidarität zwischen den drei Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha zu zerstören. Und wir werden diese Solidarität wie unseren Augapfel hüten.

Frage: Gewisse Kräfte in unserem Land behaupten, daß Kambodscha eine Verhandlungslösung des Kambodscha-Problems ablehne und - im Gegensatz zum vietnamesischen Volk - es vorzöge, mit den Waffen bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen. Wie ist Ihre tatsächliche Stellung zu dieser Frage?

Antwort: Um auf Ihre Frage zu antworten, möchte ich ausdrücklich bekräftigen, daß wir niemals einen Kompromiß mit den Verrätern eingehen werden, die wir schon seit vielen Jahren kennen. Diese Verräter arbeiteten seit jeher für die Fremden: seit dem französischen Kolonialismus, während der japanischen Besatzung und selbst während der Jahre der Unabhängigkeit haben sie auf diesem Weg beharrt. Sie sind nicht nur politische Verräter, sondern sie sind gleichzeitig auch Verbrecher, was natürlich nicht voneinander zu trennen ist. Sie haben Verbrechen an unseren Landsleuten begangen, selbst in Friedenszeiten! Sie haben unsere Landsleute verhaftet, ermordet. Sie haben alle möglichen Sabotage-Manöver gegen die Unabhängigkeit und die Neutralität Kambodschas verübt. Im Übrigen stellen sie nichts dar, und der Irrtum der USA ist gerade, sie für die starken Männer zu halten. Aber die Ereignisse haben gezeigt, daß die Amerikaner, als sie den Staatsstreich auslösten, gleichzeitig einen nicht zu bändigenden, entschlossenen Widerstand von seiten unseres Volkes ausgelöst haben. Sehen Sie die westliche Presse durch: welchen Sieg haben sie seit dem Beginn ihrer Verbrechen zu verzeichnen? Man muß eines sehen: wir hängen sehr an unserer Unabhängigkeit, an unserer Freiheit und wir legen Wert darauf, sie zu retten, unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit zu verteidigen. Nicht wir haben die Amerikaner angegriffen - die Amerikaner sind es, die unser Land angegriffen haben. Was wir verlangen, ist, daß die Amerikaner unser Land verlassen. Die Frage ist im Grunde sehr einfach. Warum von Verhandlungen reden? Worum verhandeln? Verhandeln, um hier ein Stückchen, hier die Hälfte, dort ein Drittel den Amerikanern und den Verrätern zu überlassen? Nein, davon kann nicht die Rede sein. Die Frage ist,

daß sie sich zurückziehen und aufhören müssen, die Verräter zu unterstützen. Wir verlangen von den Amerikanern keine Niederlage. Wir führen Krieg gegen sie, weil sie in unserem Land sind. Wir sind nicht in den USA, um sie dort anzugreifen. Wenn sie abziehen und ihre Intervention sowie Einmischung einstellen, ist das Problem gelöst.

Frage: Manche Presse identifiziert immer die FUNK mit den "roten Khmer". Sie spricht von den "roten Khmer", um nicht von der FUNK sprechen zu müssen.

Antwort: Sehen Sie, ich sagte es schon, in der FUNK gibt es verschiedene Meinungen, und die feste gemeinsame Grundlage - ich möchte noch einmal die Festigkeit dieser Front betonen - beruht auf der Tatsache, daß wir einen gemeinsamen Feind und ein gemeinsames Ziel haben: die Unabhängigkeit, die Freiheit, die Demokratie. Alle Patrioten können sich dieser Front anschließen. Die "roten Khmer" - das ist eine abfällige Bezeichnung, wie "Vietcong" für die Südvietnamesen. Aber wir wollen gar nicht leugnen, daß es in der Front Kommunisten gibt, warum sollten wir das leugnen? Wo vielleicht gerade sie es sind, die sehr viel größere Opfer gebracht haben. Wir haben das nicht zu leugnen. Aber es kommt darauf an zu wissen, daß es in der Front eine ganze Stufenleiter von Meinungen und alle gesellschaftlichen Schichten gibt und daß alle Patrioten sind.

Frage: Was können wir in unserem Land tun, um den Kampf des kambodschanischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit noch wirksamer zu unterstützen?

Antwort: Ich sagte Ihnen, daß wir es bedauern, daß das Problem Kambodscha kaum bekannt und in der Öffentlichkeit nicht sehr klar ist. Deshalb bitten wir unsere Freunde hauptsächlich darum, alle die Kräfte, die Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit lieben, der Öffentlichkeit die Wirklichkeit unseres Kampfes zu zeigen. Die gegenwärtige Situation in Kambodscha ist

AIB-SONDERMATERIALIEN

zu KAMBODSCHA

Aus dem Inhalt:

- Politisches Programm der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (F.U.N.K.)
- Botschaft und feierliche Erklärung vom Norodom Sihanouk
- Erklärung der Pariser Kambodscha-Konferenz

Preis 0,50 DM

bestimmt durch die Fortsetzung der US-Aggression, die zur Folge hat, daß unser Widerstandskampf andauert. Unter diesen Umständen bitten wir unsere Freunde, über die Fortsetzung der US-Aggression zu informieren. Die Menschen scheinen, zu unserem großen Bedauern, nicht besonders auf die furchtbaren Bombenangriffe in den ersten 6 Monaten 1973 zu reagieren. Obwohl diese Bombenangriffe an Intensität die auf Vietnam übertreffen, scheint die Öffentlichkeit davon wenig betroffen zu sein. Die Informationsarbeit über die Wirklichkeit unseres Kampfes ist also sehr wichtig. Wir bitten natürlich auch darum, unseren Kampf politisch, finanziell, materiell und moralisch zu unterstützen. Aber wir möchten ihnen ausdrücklich sagen, daß unsere Front der politischen Unter-

stützung große Bedeutung beimißt. Die politische Unterstützung ist die kostbarste Unterstützung, die uns die demokratischen Organisationen zuteil werden lassen können. Man muß informieren, die Öffentlichkeit auf den Ernst der Lage in Kambodscha hinweisen. Das kann mit dazu beitragen, die Verräter zu isolieren, den Imperialismus zu isolieren, den Herrn der Verräter.

Unser Problem läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: die US-Aggression auf der einen Seite und unser Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit auf der anderen Seite. Man muß den US-Imperialismus verurteilen und den Kampf unseres Volkes für die Unabhängigkeit, die Demokratie, den Frieden und den Fortschritt unterstützen.



In den befreiten Gebieten: Bauern tragen bei der Feldarbeit Gewehre, um jederzeit einen feindlichen Angriff abwehren zu können.

Aktionsempfehlung der internationalen Kambodscha-Konferenz:

Die internationale Solidaritätskonferenz mit dem kambodschanischen Volk, die am 8. und 9. Dezember 1973 in Paris zusammengetreten ist, spricht nach Annahme der politischen Erklärung folgende Empfehlungen aus:

1) die Weltöffentlichkeit über den Ernst der Lage in Kambodscha zu informieren, die nach der amerikanischen Aggression entstanden ist. Zu diesem Zweck sollen:

- die Dokumente der FUNK veröffentlicht und verbreitet werden,
- Dokumente, Artikel und wissenschaftliche und andere Beiträge in verschiedenen Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen veröffentlicht werden,
- Plakate über die mit diesem Krieg zusammenhängenden Ereignisse hergestellt werden,
- Informationskonferenzen und Versammlungen abgehalten werden,

- die Benutzung der amerikanischen Stützpunkte in verschiedenen Ländern angeprangert werden,

2) den Kampf des kambodschanischen Volkes zu unterstützen,

- durch den Appell an alle Völker, ihre jeweiligen Regierungen - falls diese es noch nicht getan haben sollten - aufzufordern, die GRUNK anzuerkennen und ihre legitimen Rechte bei der UNO wiederherzustellen,
- durch die Schaffung und Entwicklung von aktiven Hilfskomitees für den Kampf des kambodschanischen Volkes, sowie von Freundschaftsorganisationen mit Kambodscha,
- durch materielle und finanzielle Hilfe,
- durch die Organisation einer Woche der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk vom 17. bis 24. März 1974.

(einstimmig angenommen)

Kurzinformation

Peru

Am 3. Oktober 1968 übernahm eine Gruppe nationalgesinnter Offiziere um General J. Velasco Alvarado die Regierung Perus und leitete einen Prozeß antiimperialistischer, antioligarchischer Reformen ein: so die entschädigungslose Enteignung des USA-Konzerns "International Petroleum Company", die Verstaatlichung der Fischereiwirtschaft, des Außenhandels, die Durchführung einer Agrarreform, durch die im Laufe der Jahre 5,5 Mio ha Großgrundbesitz an 200.000 Landarbeiter und Kleinbauern verteilt wurde, die Einleitung einer Bildungsreform und der Kampf gegen den Analphabetismus. Diese fortschrittlichen Maßnahmen stießen auf den immer größer werdenden Widerstand der peruianischen Reaktion. Im November 1973 verstärkten sich die Angriffe gegen die Regierung: der illegale Lehrerverband SUTEP provozierte Unruhen in den Provinzen Arequipa, Cuzco und Puno; Ärzte und Rechtsanwälte traten in den 'Streik'; um die Versorgung der Bevölkerung lahmzulegen, schränkten Transportunternehmen und Eisenbahngesellschaften den Transport ein, schlossen zahlreiche Geschäftsleute und Fabrikbesitzer ihre Läden bzw. Betriebe.

Die Ähnlichkeit dieser Provokationsakte mit denen der chilenischen Konterrevolution ist augenfällig. Die jüngsten Ereignisse bezeugen, daß der Imperialismus und seine lateinamerikanischen Komplizen nunmehr versuchen, verstärkten Druck auf Peru auszuüben.

Die entschlossene Haltung der peruianischen Regierung und die sie unterstützenden Massenaktivitäten machten diese Absichten der Konterrevolution jedoch zunichte. Präsident Alvarado betonte, Peru werde seine Revolution "mit allen zur Verfügung stehenden Waffen" (Horizont, Nr. 52/1973, S. 18) verteidigen.

Ende Dezember 1973 verfügte die Regierung die Verstaatlichung der größten USA-Bergwerksgesellschaft in Peru "Cerro de Pasco Mining Corp.". Das vom Präsidenten und allen 15 Kabinettsmitgliedern unterzeichnete Dekret bestimmt gleichzeitig die Gründung des staatlichen Unternehmens "Centromin-Peru", das alle Bergwerke, Hütten und Raffinerien der "Cerro de Pasco Mining Corp." übernimmt.

Uruguay

Uruguays Diktator Bordaberry hatte nach dem Rechtsputsch vom Juni 1973 das Parlament aufgelöst, die Gewerkschaften verboten, die demokratischen Freiheiten aufgehoben und eine Hexenjagd auf die Linkskräfte eröffnet. Nun,

am 1. Dezember 1973 setzte mit dem Verbot der Kommunistischen Partei (KPU) eine neue Welle der Verfolgungen ein. Am 14. Dezember ernannte Bordaberry ferner ein als "Staatsrat" deklariertes Gremium aus ihm ergebnen Politikern der beiden großen bürgerlichen Parteien, welches das Parlament "ersetzen" soll. Als erste Aufgabe wurde diesem "Staatsrat" die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes angetragen, mit dem das Verbot der KPU und die anhaltenden Terrormaßnahmen einen legalen Anstrich erhalten sollen.

Seit Monaten befinden sich der Präsident der Volksbewegung, General i.R. Liber Seregni und tausende von Kommunisten, Sozialisten und Radikaldemokraten in den Kerkern des Bordaberry-Regimes.



Liber Seregni, Präsident der uruguayischen Volkseinheitsbewegung "Frente Amplio"

Entgegen gezielter Falschmeldungen des Regimes ist der Generalsekretär der KPU, Rodney Arismendi, nicht in seine Hände gefallen. Er hielt sich für kurze Zeit in Havanna auf und leitet den Kampf der Volksbewegung aus dem Untergrund an.

In einem am 18.12. in der kubanischen Zeitung "Granma" veröffentlichten Kommuniqué des Generalsekretariats der KPU heißt es u.a., daß "die Diktatur Bordaberrys und seiner Militärkomplizen einen weiteren Schritt zur Errichtung eines Regimes vom faschistischen Typ im Lande unternommen hat."

Doch das Volk leiste der Diktatur entschlossenen Widerstand, was die Massenbewegung beweise. Die KPU ruft das Volk auf, die Einheit zu festigen und den Kampf für die Durchsetzung eines Mindestprogramms zu aktivieren, das die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, soziale und ökonomische Umgestaltungen sowie die Freilassung der eingekerkerten Politiker und Gewerkschafter vorsieht.

Israel

Die Regierung in Tel Aviv kann auch nach dem 4. Nahostkrieg weiterhin auf die umfangreiche ökonomische und militärische Unterstützung seiner Verbündeten rechnen:

Mitte Dezember 1973 stimmte der US-Senat einem Auslandshilfegesetz in Höhe von 5,8 Mrd US-Dollar zu, in dem allein 2,2 Mrd US-Dollar (rund 5,7 Mrd DM) Militärhilfe für Israel enthalten sind. Laut US-Regierung sollen damit Israels im 4. Nahostkrieg erlittene "Materialverluste" ausgeglichen werden.

Die Bundesregierung gab Anfang November 1973 grünes Licht für die unverminderte Fortsetzung der BRD-Finanzhilfen an Israel. Wie in jedem Jahr seit 1968 erhält Israel auch in diesem Jahr 140 Mio DM als Kredit - Laufzeit 30 Jahre. Die Tilgung dieser Kreditvergaben beginnt erst nach zehn Freijahren, und wird mit nur 2% verzinst. Von den 140 Mio DM werden 120 Mio als Soforthilfe gezahlt; nur 20 Mio DM sind projektgebunden.

Die von Regierungsseite bislang bekanntgegebenen offiziellen Kreditvergaben übersteigen damit seit 1968 die 1,1 Mrd-Grenze. Laut "Die Zeit" ist die jährlich an Israel gezahlte Summe, verglichen mit Zahlungen an andere Entwicklungsländer, überaus hoch. Um die israelische Wirtschaft anzukurbeln, sieht der neue Referentenentwurf des Entwicklungshilfesteuergesetzes der BRD-Regierung für Investitionen des westdeutschen Privatkapitals in Israel Steuervergünstigungen um 50% vor.

(vgl. FR, 12.12.1973, 19.12.1973; Die Zeit, 16.11.1973)

RSA - Israel

Nach Ausbruch des jüngsten Nahostkrieges wurden in der RSA mit Hilfe der zionistischen Organisation Südafrikas Stellen eingerichtet, die den Charakter militärischer Melde- und Einberufungsbüros besaßen und bei denen sich zum militärischen Einsatz an der Seite Israels "weiße" Südafrikaner jüdischer und nicht-jüdischer Herkunft bewarben. Für den Fall der Verschlechterung der militärischen Position Israels war das israelische Generalkonsulat offensichtlich besonders an der Einberufung "ehemaliger Mitglieder von Panzer- und Artillerieeinheiten der israelischen Armee" interessiert. Das Rassistenregime duldet nicht nur diese Aktivitäten der Zionisten mit Wohlwollen, sondern gab trotz angespannter Zahlungsbilanz die Überweisung mehrerer Millionen Rand nach Israel frei.

(Vgl. The Star, Johannesburg, 13.10.1973, 10.11.1973; Financial Times, Johannesburg, 19.10.1973)

DRV

LE DUC THO UND DER NOBELPREIS

Das Nobelpreiskomitee faßte kürzlich den Beschluß, den Friedenspreis 1973 an Herrn Le Duc Tho, dem Leiter der DRV-Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen, zu verleihen. Herr Le Duc Tho sandte am 23. Oktober die folgende Botschaft an Frau Lionaes, Präsidentin des Nobelpreiskomitees:

"Während der vergangenen 18 Jahre haben die Vereinigten Staaten einen Aggressionskrieg gegen Vietnam geführt. Die vietnamesischen Menschen haben dem einen äußerst entschlossenen und heldenhaften Widerstandskampf für nationale Freiheit und Unabhängigkeit entgegengesetzt. Die gesamte fortschrittliche Menschheit hat ihre gerechte Sache gebilligt und unterstützt.

Die US-Imperialisten wurden besiegt. Das Pariser Abkommen über Vietnam wurde abgeschlossen. Es bedeutet einen sehr großen, epochalen Sieg sowohl des vietnamesischen Volkes als auch der Frieden und Gerechtigkeit liebenden Menschen überall in der Welt. Es stellt einen hervorragenden Beitrag des vietnamesischen Volkes für die nationale Befreiungsbewegung und für die Sache des von den Völkern aller Länder angestrebten Friedens dar.

Es ist der gemeinsame Standpunkt der vietnamesischen Bevölkerung und der Regierung der DRV, das Pariser Abkommen entschlossen und gewissenhaft zu verwirklichen, und gleichzeitig zu fordern, daß alle anderen Parteien dasselbe tun, um so einen dauerhaften Frieden in Vietnam aufrechtzuerhalten und zur Bewahrung des Friedens in Vietnam, in Südostasien und in der Welt beizutragen.

Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens haben die USA und die Saigoner Verwaltung jedoch fortgesetzt sehr ernste Verletzungen vieler grundlegender Bestimmungen des Abkommens begangen.

Die Saigoner Verwaltung hat mit Ermutigung und Unterstützung der USA ihre kriegerischen Handlungen fortgesetzt. Der Friede ist in Südvietnam nicht wirklich wiederhergestellt.

Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, den Friedensnobelpreis 1973, den mir das Komitee verliehen hat, anzunehmen. Wenn das Pariser Vietnam-Abkommen respektiert wird, die Waffen schweigen und der Friede in Vietnam wirklich wiederhergestellt ist, werde ich die Annahme des Preises in Erwägung ziehen. Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Komitee meinen Dank auszusprechen und Sie erneut meiner hohen Wertschätzung zu versichern."

(Quelle: "South Vietnam in Struggle" No.221 vom 5. November 1973, Seite 4)